

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 30 Pf. für die 3 gelbalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von U. B. r. e. p.

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Freitag, morgen 9 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81

Eine Ursache der Kapitalnot.

Täglich hört man aus Wirtschaftskreisen die Klagen über die unerträgliche Höhe der Zinsen für von den Banken gewährte Darlehen wie über die angespannte Lage des Geldmarktes. Es kann nicht geleugnet werden, daß eine gewisse Kapitalknappheit besteht. Die Zinsen, die die Banken für ihre ausgeglichenen Gelder fordern, sind sehr hoch und belasten die Wirtschaft stark. Mit allen möglichen Mitteln versuchen die Unternehmer die dringende Frage der Geldschöpfung zu lösen. Daß dabei auch Vorstöße gegen die „nicht länger tragbaren Laffen“ der Sozialversicherung „vorgekommen sind“, ist nicht sehr zu verwundern.

In diesem Zusammenhange ist eine Untersuchung interessant, die von Dr. U. Palmi im Auftrage der Deutschen Bank vorgenommen wurde. Die Untersuchung sollte feststellen, wie groß die Lagerbestände bei den befragten Firmen waren und weiter — das war der Hauptzweck der Enquete —, in welchem Verhältnis die aufgeschichteten Warenmengen zum Umsatz standen. Die Untersuchung erstreckte sich nach dem Bericht des Herrn Dr. Palmi auf 2500 bis 3000 Betriebe. Es wurde als Ergebnis festgestellt, daß in fast allen Fällen die Lagerbestände zu groß für den tatsächlichen Umsatz waren. Selbstverständlich waren bei einigen Firmen auch starke Abweichungen von dem allgemeinen Bilde festzustellen. Im Durchschnitt haben sich die Lagerbestände aber gegen die Vorkriegszeit sowohl wie gegen die ersten Nachkriegsjahre und sogar in den letzten Jahren, von 1925 an, ständig vergrößert. Bei den untersuchten Firmen sollen nach der Schätzung Dr. Palmis für 100 bis 120 Millionen Mark überschüssige Vorräte vorhanden gewesen sein. Dr. Palmi schätzt, daß die von ihm befragten Firmen ungefähr 10 Prozent der in der gesamten deutschen Volkswirtschaft aufgestapelten Vorräte in Händen haben. Das ergibt also, auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft berechnet, weit über 1 Milliarde Reichsmark, die in Vorräten festgelegt sind. Aber das sind Vorräte, die im Grunde zwecklos und unproduktiv sind, weil sie durch den viel geringeren Umsatz gar nicht in Anspruch genommen werden können und nun auf eine günstige Konjunktur warten, die die Nachfrage plötzlich gewaltig steigert. Es zeigt sich hier wieder einmal sehr deutlich, daß die Produktion heute bei vielen Firmen ohne jede Berechnung und ohne jede Rücksicht auf den tatsächlichen Bedarf vor sich geht. Selbstverständlich müssen Lagerbestände vorhanden sein, aber doch nicht mehr, als unbedingt notwendig sind. In diesen ungeheuren Vorräten, von denen der Bericht des Herrn Dr. Palmi spricht, sind 1 bis 1 1/2 Milliarden Mark nutzlos angelegt. Gelänge es, diese Lagerbestände planmäßig zu verringern, dann würden diese Summen frei werden. Der Geldmarkt würde eine fühlbare Erleichterung erfahren, die Firmen würden nicht mehr in so starkem Maße genötigt sein, teure Bankkredite in Anspruch zu nehmen. Die Kapitalnot wäre zu einem großen Teil behoben.

Ganz gewiß ist die Frage der Räumung dieser Lager auch eine Frage der Kaufkraft, wenigstens jetzt noch. Auf ein Mittel, die Kaufkraft der breiten Schichten des Volkes zu stärken, weisen die Gewerkschaften ja schon seit vielen Jahren hin. Dann ist die zweckmäßige Füllung und Entleerung der Lager auch zu einem großen Teil eine Frage der Organisation. Und da muß man sich wirklich wundern, daß unsere so hochorganisierte Wirtschaft mit ihren vielen Zweckverbänden und Unternehmerorganisationen noch nicht dazu gekommen ist, eine planmäßige Lagerpolitik zu betreiben. Im Gegenteil, die allergrößte Mehrzahl der Unternehmer bestreitet sogar die Möglichkeit einer solchen rationalen Lagerpolitik. Es wird eben heute viel zuviel des Gemeinnes wegen produziert, und am Anfange jeder Produktion sollte doch die Frage nach dem Bedarf stehen. Nicht Konsumtion der Produktion wegen, sondern Produktion der Konsumtion wegen; das ist der einzige Weg, der aus dem ewigen Streit zwischen Konsumenten und Produzenten herausführt. Es ist allerdings in der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht möglich, diesen Weg zu gehen. Die sozialistische Gemeinwirtschaft allein wird diese Frage lösen können, weil sie über alles die Frage nach der bestmöglichen und genügenden Versorgung aller Mitglieder der Gemeinwirtschaft mit den notwendigen Gütern stellt und nicht des Gemeinnes wegen produzieren wird, sondern um den Bedarf zu decken.

Das internationale Rüstungskapital.

Über die Verflechtung und weltwirtschaftliche Arbeitsteilung der Rüstungsindustrie lassen sich nur schwer genaue Angaben machen, da Veröffentlichungen hierüber aus naheliegenden Gründen sehr spärlich sind. Immerhin läßt sich feststellen, daß zur Zeit auf der einen Seite eine namhafte Ausfuhr von Waffen und sonstigem Kriegsgerät stattfindet, während andererseits internationale Abmachungen über Aufteilung der Märkte und weitgehende kapitalmäßige Verflechtungen zwischen den einzelnen nationalen Rüstungsindustrien bestehen. Frankreich liefert Waffen, Munition, Kraftwagen und Flugzeuge hauptsächlich an Polen, Jugoslawien und Rumänien, außerdem an Dänemark, Süd-

amerika, China und Japan. Die Kriegsmaterialeinfuhr der Tschechoslowakei, besonders Infanterie- und Maschinengewehre, geht in erster Linie nach Jugoslawien, der Türkei, den Randstaaten und Mittelamerika. Für 1928 war diese Ausfuhr mit 115,7 Millionen Kronen angegeben. In Schweden hat allein die große Waffenfabrik A. B. Bofors gegenwärtig Auslandsaufträge in Höhe von 40 Millionen Kronen. Die Ausfuhr geht vornehmlich nach der Türkei, nach Holland, Amerika und China. Auch die englische, italienische und belgische Rüstungsindustrie beteiligten sich am Weltmarkt. Abmachungen über Marktaufteilung bezüglich der Lieferung von Kriegsgerät bestehen zwischen Schneider-Creusot (Frankreich) und Skoda (Tschechoslowakei). Nach diesen Abmachungen beliefert Skoda vorzugsweise den gesamten Balkan, Polen und die Randstaaten. Wenn auch die einzelnen Staaten durch Zollgarantien, Lieferungsmonopole oder Staatszuschüsse versuchen, im eigenen Lande Rüstungsindustrien aufzubauen, deren Zweck die Versorgung des Landes mit Waffen und Kriegsgerät sein soll, so bestehen doch zwischen den Rüstungsindustrien der einzelnen Länder enge finanzielle Verflechtungen. Französisches wie tschechisches Kapital ist an den Rüstungsindustrien Polens, Jugoslawiens und Rumaniens gemeinsam beteiligt, während zugleich weitgehende Abmachungen bezüglich des Absatzes, der Fertigungsmethoden und des Erfahrungsaustausches bestehen, wodurch eine innige Zusammenarbeit des internationalen Rüstungskapitals hergestellt wird.

Erhöhte Zölle, dafür aber Abbau der Sozialpolitik.

Kartoffeln und Butter werden durch die Zölle verteuert, die die Agrarier mit die hiten nahe stehenden Parteien stämmisch gefordert und nun auch durchgesetzt haben. Sie sorgen für ihren Verdienst. Dafür lassen sie lieber den Arbeiter höhere Preise für die notwendigen Nahrungsmittel zahlen, so daß diese ihren Verbrauch noch weiter einschränken müssen. Aber nicht nur die allernotwendigsten Lebensmittel werden dem Arbeiter verteuert. Es soll ihm auch noch die Hilfe gekürzt werden, die er in Notfällen durch die Sozialversicherung genießt. Erhöhte Zölle, um die „nationale Landwirtschaft zu schützen“, soziale Reaktion, angeblich um den Staat vor der Finanzkrise zu retten, das sind die Früchte, an denen die Arbeiterschaft die reaktionären „Retter des Vaterlandes“ in Handel, Industrie und Landwirtschaft erkennt. Der einzige Schutz gegen sie ist eine starke Arbeiterorganisation! Stärkt euren Verband!

Was weiß die moderne Wissenschaft vom Vorgang der Ermüdung.

Von Evamaria Blume.

In der heutigen Umstellung der Wirtschaft auf Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit bildet die Rationalisierung der menschlichen Arbeitskraft ein ganz wesentliches Teilproblem der Rationalisierung überhaupt. Die heute auf allen Gebieten angeführte Produktionssteigerung bedeutet Intensivierung der Arbeit und hat deshalb zur Einführung neuer Arbeitsmethoden geführt, die teils das Prinzip der Beschleunigung angenommen haben mit Hilfe einer Verbesserung der Werkzeuge, ihrer Anordnung in der Nacheinanderfolge, Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch mechanische, Umstellung auf Fließarbeit, das ja gegenwärtig besonders betonte Merkmal der Rationalisierung usw. Spezialisierungs- und Konzentrationsmaßnahmen innerhalb des Produktionsapparates selbst, die hinzukamen, schienen darzutun, daß die Rationalisierung als rein technische Angelegenheit anzusehen wäre, den Kurs zur Gesundung unserer Wirtschaft aufzunehmen. Diese Aufgabe kann aber nur gelingen, wenn der lebendige und doch schließlich wichtigste Faktor in der ganzen Rechnung die gebührende Einschätzung erfährt — der lebendige Mensch. Das aber wird so namenlos erschwert, weil nur noch die Maschine dem Menschen das Tempo seiner Leistung vorschreibt. Man ist deshalb zu der Einsicht gelangt, daß die menschliche Arbeit so gestaltet werden mußte, daß sie der Eigenart des belebten und beselkten Motors gut angepaßt ist. Das ist dann der Fall, wenn nicht auf dem kürzesten, sondern auf dem besten Wege die Aufgabe vor, die nicht allein der Ingenieur, sondern nur der Physiologe zu lösen vermag, der den unendlich differenzierbaren menschlichen Organismus und die Veränderungen, die während des Arbeitsvorganges in ihm stattfinden, zu ergründen vermag.

Entsprechend den Belangen des heutigen wirtschaftlichen Lebenschnitts hat sich denn auch das Gebiet der Arbeitsphysiologie entwickelt, die bereits ihr eigenes Forschungsinstitut in Berlin besitzt. Sie befaßt sich, um die wissenschaftlichen Grundlagen für eine zulässige Intensivierung der menschlichen Arbeitsleistung zu finden, vor allem mit dem Studium der Ermüdung, denn diese ist die sichtbare Rückwirkung der Arbeit auf den Menschen. Sie beantwortet — das sei gleich vorweggenommen — die Frage nach der Ursache der Ermüdung von vornherein verneinend. Im Gegenteil — eine gesunde Ermüdung kann einen günstigen Einfluß haben; sie bewirkt sogar am häufigsten, daß die Arbeitsfähigkeit bis ins hohe Alter erhalten bleibt. Ja, die Ermüdung kann unter Umständen sogar bis zur Erschöpfung betrieben werden, ohne daß die Gesundheit gefährdet wird. Der Landarbeiter arbeitet häufig bis zur Erschöpfung, und doch beobachten wir, daß er sich weit weniger schnell verbräunt, als der im Industriebetrieb beschäftigte Mensch. Jener hat eine abwechslungsreichere Beschäftigung, während die Arbeit in einer modernen Fabrik den Menschen sehr einseitig in Anspruch nimmt. In jahrelanger Benutzung werden immer dieselben Muskeln betätigt, die, in immergleicherem Rhythmus, eine meisterhafte Fähigkeit in der Ausübung einer Spezialarbeit erlangen. Hier kommt die Wissenschaft zu einer grundlegenden Unterscheidung zwischen peripherer und zentraler Ermüdung. Erstere tritt ein, wenn große Muskelmassen unseres Körpers angestrengt arbeiten. Je kleiner dagegen das anatomische Feld wird, auf das sich die Muskelarbeit beschränkt, um so deutlicher machen sich die Erscheinungen der zentralen Ermüdung bemerkbar.

In einer sehr lehrreichen Studie erläutert Prof. Adler diese Begriffe, um einen klaren Einblick in das biologische Geschehen des Ermüdungsvorganges zu gewinnen. Als sehr geeignetes Versuchsobjekt dient ihm ein einem Kalt- oder Warmblüter frisch entnommenes Herz; es enthält nicht nur die Muskeln, sondern auch die nervösen Organe, von denen die Impulse ausgehen. Der Herzmuskel reagiert auf den künstlichen Reiz, aber nur dann, wenn ihm eine genügende Erholungsperiode seit der letzten Kontraktion vergönnt wird. Der Reiz kann nämlich nur dann wirken, wenn eine gewisse Menge eines Stoffes, den wir des leichteren Verständnisses halber Explosionsstoff nennen wollen, sich angehäuft hat. Dieser Stoff zerfällt unter dem Einfluß des künstlichen Reizes; die resultierende Erregung bewirkt eine Zuckung des Herzmuskels. Unmittelbar darauf ist dieser Explosionsstoff zerfällt. Was für den künstlichen Reiz gilt, gilt auch für den natürlichen nervösen Reiz. Er kann nur dann wirken, wenn er auf genügendes Explosionsmaterial trifft.

Wenn der Laie sagt: „Der Muskel ist ermüdet“, so beweist die experimentelle Studie doch, daß der Muskel noch reizbar ist. Wird der zum Muskel ziehende Nerv elektrisch gereizt, so fängt der angeblich ermüdete Muskel wieder an zu arbeiten. Nachdem der künstliche Reiz solange angewendet wurde, bis der Muskel nicht mehr reagiert, tritt das Merkwürdige ein, daß er von neuem zu arbeiten beginnt, wenn der natürliche Reiz angewendet wird. Dieses seltsame Verhalten deutet sich leicht: der Willensimpuls des Menschen trifft auf ein in dem Zentralnervensystem gelegenes nervöses Zentrum. Genau so wie das Frohschmerz nur dann auf einen künstlichen Reiz anspricht, wenn genügend Explosionsmaterial vorhanden ist, ebenso kann der Willensimpuls nur dann eine Wirkung auslösen, wenn genügend Mengen gewisser Stoffe in dem Zentrum angehäuft sind, die zerfallen können. Jede Muskelzusammenziehung setzt also einen Willensimpuls voraus, der stark genug sein muß, um die nervösen Zentren zu erregen. Die periphere Ermüdung bezieht sich also nur auf die Leitungsbahn des Nerven, die Umschaltstelle im Muskel und vor allem auf diesen selbst. Wenn dagegen die im Zentralnervensystem gelegenen Partien ermüden, so ist die zentrale Ermüdung eingetreten. Es muß also, um diesen Zustand möglichst lange hinauszuschieben, die Zeit zwischen zweifolgenden Willensimpulsen groß genug sein, daß einerseits die Schlacken beseitigt, andererseits wieder genügend Explosionsmaterial für den nächsten Reiz aufgebaut werden kann. Wo dies nicht möglich ist, kann die Leistung des Muskels nur durch verstärkte Willensimpulse auf der geforderten Höhe gehalten werden, oder benachbarte nervöse Zentren müssen in die Erregungsbahn einbezogen werden. Arbeit, in einem solchen falschen Rhythmus betrieben, der immer größere Partien nervöser Substanz an sich zieht, führt schließlich zu nervösem Zusammenbruch. Beton muß werden, daß wohl die tieferen Abschnitte des Systems — Muskel, Nerv, Zentrum — mit den Methoden der Physiologie erreichbar sind, nicht aber das Gebiet der Willensimpulse, Umfang und Art der Einwirkung auf die Zentren selber. Die seelische Komponente der In- und Umwelt des einzelnen, die bei dem Vorgang von ganz außerordentlicher Bedeutung ist, setzt der exakten Untersuchung Grenzen, da ihre Einflußstärke auf die Arbeitsgestaltung auch kaum annähernd abzuschätzen ist. Aber auch ein durch heutige Kenntnisse und Methoden gesicherter Schatz experimenteller Tatsachen hat doch Wesensmäßigkeiten ergeben, mit deren Erkenntnis sich schon heute für die Allgemeinheit Nützliches und Hilfreiches schaffen läßt.

Die Aufgabe lautet also, wie man die Bedingungen eines Arbeitsprozesses ermittelt, unter denen der Mensch am produktivsten arbeitet. Es ist dafür nötig, sich die Grundelemente des Arbeitsvorganges klar zu machen. Der Forscher steht die am meisten ermüdende Wirkung in den statischen Elementen, die ihn durchsetzen. Statische Arbeit leisten wir z. B., wenn wir mit nach vorn gestrecktem Arm längere Zeit ein Gewicht halten. Im gewerblichen Leben gibt es wohl kaum einen Arbeitsvorgang, bei dem die statische Komponente fehlt. Der statisch beanspruchte Muskel hat sich verkrampft und preßt dadurch die Blutzufuhr ab. Neues Brennmaterial kann ihm nicht zugeführt werden und die Stoffwechselschlacken können nicht fortgeschafft werden. Während sich die Ermüdungsgifte bei dynamischer Muskelarbeit über das ganze Körpergebiet verteilen, häufen sie sich in den statisch arbeitenden Muskeln an. Damit ist klar, daß ein hoher Grad von statischer Durchsetzung einer Arbeit ungünstig ist. Der Arbeiter, dem eine solche Bewegungsform vorgeschrieben ist, leidet einer vorzeitigen Ermüdung zu, die sich durch eine geschicktere Anordnung des Arbeitsprozesses vermeiden ließe. Hat ein Arbeiter z. B. eine Kurbel in Rotation zu verlegen, wird es von Vorteil sein, wenn ihre Achse so tief angebracht ist, daß beim Aufwärtsdrehen Rumpfbewegungen mit einbezogen werden, also die Energie des nach vorn fallenden Oberkörpers für den Arbeitsprozeß mit verwertet werden kann.

Um der Rationalisierung der menschlichen Arbeitskraft näher zu kommen, klärt die moderne Arbeitsphysiologie die Vorgänge des Energiewechsels auf und sucht nach Methoden zu ihrer Messung. Jede Arbeit verbraucht eine gewisse Energiemenge. Sie wird gewonnen aus dem Verbrennungsvorgang, der den Sauerstoff der Luft mit gewissen chemischen Bestandteilen unseres Körpers verbindet. Ähnlich wie bei der Dampfmaschine werden in unserem Körper durch die „Oxydation“ Energien frei, die in Form von Wärme und Arbeit in Erscheinung treten. Dem Brennstoff der Dampfmaschine entspricht für den Muskel das Glykogen, eine der pflanzlichen Stärke ähnliche Substanz. Die neueren Untersuchungen von Meyerhoff, Hill u. a. haben erwiesen, daß dieses Brennmaterial des Muskelmotors unter dem Einfluß des Nervenreizes über Traubenzucker und Hexosediphosphorsäure in Milchsäure gespalten wird. Diese bringt die Muskel-elemente in einer noch nicht genauer erforschten Weise zur Zusammenziehung. In der Ruheperiode des Muskels wird die Milchsäure unter Wärmeentwicklung zum geringen Teil zu Kohlenäure und Wasser verbrannt, zum größten Teil aber wieder zum Ausgangsmaterial aufgebaut. Nur der geringere Teil der Oxydationsenergie erscheint als äußere Arbeit, der größte Teil geht als Wärme verloren. Von wie großer Bedeutung der Energiegehalt der organischen Nahrungstoffe für die menschliche Leistungsfähigkeit ist, wird dabei ohne weiteres klar. Durch außerordentlich komplizierte Verfahren ist es möglich geworden, die vom Körper ausgegebene Energiemenge zu errechnen, da die Endprodukte der Verbrennung im Harn ausgeschieden werden. Außer diesen Untersuchungen ist eine genaue Messung der Atemgase vorzunehmen mit Hilfe sogenannter Respiroapparate, die den Energieverbrauch während der Arbeitsleistung feststellen. Somit erscheint das Problem der Rationalisierung der menschlichen Arbeit durchaus wissenschaftlich lösbar, denn die moderne Arbeitsphysiologie bietet die Möglichkeit, die geleistete äußere Arbeit zu dem hierfür nötigen Energieaufwand in Beziehung zu setzen. Die Untersuchungen der verschiedensten Arbeitsprozesse weisen schließlich zu einer klaren Anschauung führen, welche Arbeitsbedingungen den Eigentümlichkeiten des menschlichen Motors am besten angepaßt sind, d. h. seine Ermüdungsgrenze zeitlich soweit als möglich hinausdrückt.

Für alle werktätigen Schaffenden lohnt es reichlich der Mühe, sich einen Einblick in die Betriebsführung der biologischen Werkstatt zu verschaffen, die unser Körper in seiner Sagesarbeit darstellt. Manches wertvolle Wink könnte sich daraus ergeben auch für das eigene Verständnis rationaler Lebenshaltung und Körperkultur. Wenn Wirtschaft und Wissenschaft hier Hand in Hand die Belange des arbeitenden Menschen zu erforschen sich bemühen, so dürfen die Erkenntnisse der Wissenschaft nicht in Bibliotheken angehäuft, sondern dem Leben zugeführt werden. Was die Wissenschaft bietet, so betont Prof. Adler nachdrücklich, muß für das Leben unseres arbeitenden Volkes angewendet werden. Dazu ist es aber wiederum notwendig, daß die führenden Männer der Praxis beurteilen lernen, was die Naturwissenschaft in dieser Richtung leisten kann.

Papier-Industrie

Die Papierindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika.

In den Vereinigten Staaten von Amerika (U. S. A.) sind rund 800 Papierfabriken vorhanden, von denen nur 279 mit Anlagen zur Herstellung von Zellstoff und Holzschliff versehen sind. Die übrigen Betriebe müssen infolgedessen diese Halbfabrikate kaufen.

Die Papier- und Papierstoff-Produktion im Jahre 1928.

Zur Zeit liegen nur schätzungsweise Angaben über die Produktion der P. A. vor. Danach gestaltete sich diese im Jahre 1928 folgendermaßen:

Produktion an	in t à 907 kg
Papier und Pappe	10 250 000
Zellstoff und Holzschliff	4 400 000

Die gesamte Papier- und Papierstoff-Produktion war im Jahre 1928 um 25 Prozent höher als der Bedarf, trotzdem wurden noch erhebliche Mengen an Zeitungsdrukpapier aus Kanada eingeführt. Auf dem Kopf der Bevölkerung entfiel im Jahre 1928 ein Papierverbrauch von 90,6 Kilogramm, also mehr als in allen anderen Staaten der Welt.

Die Zeitungsdrukpapier-Produktion im Jahre 1928.

Aus dem hohen Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung ergibt sich vom selbst, daß der Zeitungsdrukverbrauch in den Vereinigten Staaten eine hervorragende Rolle spielt. Trotzdem decken die Vereinigten Staaten noch nicht einmal die

Halbe ihres Zeitungsdrukpapier-Bedarfs im eigenen Lande. Die nordamerikanische Zeitungsdrukpapier-Produktion betrug im Jahre 1928:

Zeitungsdrukpapier-Produktion	
Staaten	in t à 1000 kg
Vereinigte Staaten	1 283 361,5
Kanada	2 162 278,5
Neufundland	209 350
Mexiko	15 384,7

Der Papieraußenhandel der Vereinigten Staaten.

Die Einfuhr von Papier, Pappe, Papierwaren, Halbstoffen und Papierholz im Jahre 1928 wird in folgenden Zahlen dargestellt:

Papier, Pappen- und Papierwaren	156 384 348 Dollar
Zellstoff	78 478 280 Dollar
Holzstoff	5 443 495 Dollar
Papierholz	1 500 000 Cord

Die Zeitungsdrukpapier-Einfuhr aus Kanada nach den Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1928 1 934 880 Tonnen à 907 Kilogramm. An der gesamten Zeitungsdrukpapier-Einfuhr nach den Vereinigten Staaten war Kanada mit rund 95 Prozent beteiligt. Die Übersee-Einfuhr an Zeitungsdrukpapier betrug 1928 116 000 Tonnen. Daran waren beteiligt Schweden mit 48 Prozent, Finnland mit 35 Prozent, Nor-

Freiheit darf nicht Schutzlosigkeit sein.

„Vollkommene Freiheit, vollkommene Gleichberechtigung mit dem Mann“ forderten die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die Anhänger des Open Door-Council, auf dem Frauentag in Berlin. Auch im Berufsleben soll die Frau völlig frei sein und arbeiten können, so viel sie will und wo und wie sie nur will. Vorkämpferinnen für die Frauenrechte nannten sich diese bürgerlichen Frauenrechtlerinnen und forderten — den völligen Wegfall der Schutzbestimmungen für die gewerblichen Arbeiterinnen! Kolleginnen, hütet euch vor solchen Einfassungen! Es kann nur im Interesse des Kapitalismus sein, wenn die Schutzbestimmungen fallen, die den Unternehmer hindern, euch schrankenlos auszunutzen, wie in der Zeit des Frühkapitalismus. Die „Freiheit“ des Open-Door-Councils führt zu völliger Schutzlosigkeit. Eure Rechte vertritt am besten eure Organisation. Dieser müßt ihr treu bleiben und für diese müßt ihr neue Mitglieder werben. Die freien Gewerkschaften führen euch zu vollkommener Freiheit, und schützen euch vor kapitalistischer Ausbeutung!

wegen mit 9 Prozent und Deutschland nur mit 5 Prozent.

Da die Vereinigten Staaten nur 40 Prozent ihres Papierstoffbedarfs durch eigenes Papierholz decken können, wurde für weitere 40 Prozent des Papierstoffbedarfs das Papierholz aus Kanada eingeführt und der Rest von 20 Prozent als Papierstoff hauptsächlich aus den skandinavischen Staaten bezogen.

Dieser Einfuhr der Vereinigten Staaten steht nur eine Ausfuhr an Papier, Pappe und Papierwaren im Werte von 30 932 631 Dollar gegenüber.

Ungünstige Ausnutzung der Betriebe.

Auf der Jahresversammlung des Vereins amerikanischer Papierfabrikanten wurde von dem Vorsitzenden dieser Unternehmervereinigung hervorgehoben, daß infolge der ganzen Entwicklung auf dem amerikanischen Papiermarkt die Erzeugungsfähigkeit der amerikanischen Papierfabriken nur zu 75 Prozent ausgenutzt werden konnte. Einmal günstiger stand die Ausnutzung der Zeitungsdrukpapier-Fabriken, die 83 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit betrug.

Der Kampf um den Druckpapierpreis.

Die Internationale Paper Comp. in New York besitzt sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Kanada Betriebe der Papiererzeugungs-Industrie. Im Jahre 1928 schloß dieser Papiererzeugungs-Konzern mit dem Verleger Hearst als Vertreter eines amerikanischen Zeitungskonzerns einen Lieferungsvertrag, der den Zeitungsdrukpapier-Preis auf 50 Dollar pro Tonne festsetzte. Bis dahin betrug der Zeitungsdrukpapier-Preis ab Fabrik 60—65 Dollar für die amerikanische Tonne. Infolge dieses Abchlusses sanken die Druckpapierpreise in den Vereinigten Staaten und Kanada derart, daß die kanadische Regierung sich zum Eingreifen veranlaßt sah, ein Ausfuhrverbot von Druckpapier in Erwägung zog und die kanadischen Zeitungsdrukpapier-Fabriken ganz ernstlich den Plan erwogen, ihre Produktion noch mehr einzuschränken, trotzdem die kanadischen Druckpapierfabriken im Dezember 1928 die Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe im Durchschnitt nur zu 81,9 Prozent ausnützten. Unter dem Druck dieser Maßnahmen, die durch Kritik in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten Unterstützung fanden, sah sich der Verleger Hearst veranlaßt, von seinem Vertrag mit der Internationalen Paper Comp. zurückzutreten. Es wurde daraufhin für die Vereinigten Staaten und für Kanada für das Jahr 1929 ein Fabrikpreis von 55,20 Dollar pro amerikanische Tonne vereinbart und amtlich bestätigt. Inzünftig der Transportkosten bewegen sich infolgedessen die amerikanischen Verbraucherpreise zwischen 61,50 und 64 Dollar für die amerikanische Tonne. Die Druckpapierverkäufe und Preise werden durch eine besondere Organisation, das „Newsprint Institute“, kontrolliert und die Schlüsselfabrik für die erlaubte Produktionsmenge von Zeit zu Zeit festgesetzt.

Der Internationalen Paper Comp. in New York scheint andererseits ihr Vertragsabsehluß mit dem Hearst-Konzern nicht gut bekommen zu sein. Die Bilanz dieses Konzerns

für 1928 zeigt einen Verlust von 4 700 000 Dollar vor, während im Geschäftsjahre 1927 noch ein Gewinn von 50 000 Dollar nachgewiesen wurde.

Im übrigen scheinen die Bestrebungen, die amerikanische Papierproduktion durch Nationalisierung der Betriebe und Aufstellung neuer Papiermaschinen, die wahre Rekordleistungen hervorbringen, bis ins Ungemessene zu steigern, für die Papiererzeugungs-Industrie der Vereinigten Staaten auch ihre Schattenseiten zu haben. Nach Mitteilungen der Steuerbehörde der Vereinigten Staaten hatten im Jahre 1927 von den 800 vorhandenen Papierfabriken 652 ein Defizit von rund 13 Millionen Dollar zu verzeichnen.

Schätzliste.

Anfang April 1929 trat in Washington ein Ausschuss von Vertretern der verschiedensten Industrien zusammen, um Vorarbeit für die Festlegung der Zollsätze für die im Gang befindliche Tarifreform zu leisten. Bei dieser Gelegenheit betonte der Vorsitzende des Vereins amerikanischer Papierfabrikanten, Herr D. C. Everett, daß die Papierindustrie der Vereinigten Staaten an 74 Zollsätzen beteiligt sei und daß davon für 21 Zolltarifpositionen die Zollsätze erhöht werden müßten, da die Papierproduktion der Vereinigten Staaten seit der Schaffung des derzeitigen Zolltarifs im Jahre 1922 ganz erheblich gestiegen sei und im Interesse der nationalen Wirtschaft durch höhere Zölle vor der Papiereinfuhr geschützt werden müsse. Andererseits verlangten die Zeitungserleger die Beibehaltung der zollfreien Einfuhr von Papierstoff und Zeitungsdrukpapier. Demgegenüber stellten die Papierfabrikanten fest, daß diese Zollfreiheit die Rentabilität der amerikanischen Papierfabriken zerrüt habe, da heute Kanada die amerikanischen Zeitungen mit Papier versorge und infolgedessen die amerikanischen Zeitungsdrukpapier-Fabriken zur Erzeugung anderer Papierforten übergehen müßten, wodurch die Überproduktion in diesen Papierforten zunehme und die Preisbildung heruntergedrückt werde.

Die Papierfabrikanten der Vereinigten Staaten verurteilten also durch Einführung und Erhöhung der Schutzzölle die Papiereinfuhr des Auslandes zu droffeln und glauben, auf diese Art und Weise einen Ausweg aus der mangelhaften Lage zu finden, die sie sich durch ihre Rationalisierungsmaßnahmen und ihre wilde Vergrößerung der Produktion selbst geschaffen haben. Sie dürften dabei nicht nur auf den Widerstand der Papierverarbeiter der Vereinigten Staaten, sondern auch auf Gegenmaßnahmen der an der Papier- und Papierstoff-einfuhr beteiligten Staaten, insbesondere Kanadas, stoßen.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallchuz in der Nahrungsmittel-Industrie.

Aus dem Jahresbericht des technischen Aufsichtsdienstes für die Mülerei-Berufsgenossenschaft, zu der auch die meisten Mülereien gehören, entnehmen wir folgendes: Im Jahre 1928 gehörten zu der Berufsgenossenschaft 19 552, im Vorjahre 19 876 Betriebe. Die Zahl der versicherten Mülereibetriebe betrug 52 929, im Vorjahre 52 885. Demnach ist bei den Betrieben ein kleiner Rückgang, bei den Beschäftigten aber eine kleine Steigerung zu verzeichnen. Im Berichtsjahre wurden 3706 Betriebe mit 11 949 Beschäftigten revidiert. Das macht 18,95 Prozent der Betriebe und 22,58 Prozent der Versicherten. Das ist ein sehr geringer Prozentsatz der Betriebe, die revidiert worden sind. Über die Art der Revisionen läßt sich der Bericht folgendermaßen aus:

„Die Tätigkeit aber erstreckt sich nicht nur auf die Betriebsbesichtigung und die Abstellung vorhandener Mängel, sondern es wird großes Gewicht auf die Aufklärung der Unternehmer und der Versicherten über Unfallverhütung gelegt. Es wird immer der Versuch gemacht, über all die Dinge, die mit der Unfallverhütung zusammenhängen, mit den Unternehmern und Versicherten zu sprechen und Interesse für die Sache in ihnen zu erwecken oder wachzuhalten.“

Es ist durchaus anerkennenswert, wenn die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft sich nicht nur auf eine formale Besichtigung beschränken, sondern einen Meinungsaustausch mit den Versicherten und den Unternehmern pflegen.

Im Bericht wird dann weiter gesagt, daß die Betriebsrevisionen unverhofft vorgenommen werden. Der Vorsitzende des Betriebsrates wurde in jedem Falle zur Teilnahme an der Revision aufgefordert. In einzelnen Fällen wurde diese Teilnahme abgelehnt, weil im Betriebe Mängel nicht bekannt seien. Das erscheint uns unverständlich. Woher weiß denn der Vorsitzende des Betriebsrates, daß er bei einer gemeinsamen Besichtigung mit dem Aufsichtsbeamten keine Mängel entdeckt? Aber selbst, wenn der Unfallvertrauensmann der Auffassung ist, es sind keine Mängel da, dann darf eine Beteiligung bei der Besichtigung nicht abgelehnt werden. In einem Falle beschwerte sich ein Unternehmer, daß sich der Aufsichtsbeamte mit dem Betriebsrat über Schutzmaßnahmen unterhalten habe. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen. Dieser Unternehmer wird sicher alle Ursache gehabt haben, daß eine Aussprache mit dem Betriebsrat unterblieb. Wer weiß wie es bezüglich des Unfallchuzes in seinem Betriebe aussieht? Gerade hier wird aber ein Eingreifen des Betriebsrates unbedingt nötig sein.

Das Ergebnis der Revision wird anschließend mit dem Unternehmer besprochen. Dieser erhält dann eine Abschrift des Revisionsprotokolls und wird aufgefordert, über Abstellung der Mängel zu berichten. Wir möchten darauf verweisen, daß es dringend erforderlich ist, daß auch der Betriebsrat oder der Unfallvertrauensmann eine Abschrift dieser Anordnungen erhält. Wir stehen mit dem Berichterstatter auf dem Standpunkt, daß alle Beteiligten gemeinsam mit der Berufsgenossenschaft für den nötigen Unfallchuz zu sorgen haben. Der Betriebsrat kann aber nur dann für die Durchführung der getroffenen Anordnung sorgen, wenn er sie kennt.

Die Anzahl der Verstöße gegen die U. V. V., die durch die Aufsichtsbeamten festgestellt wurden, sind gegenüber dem Vorjahre ganz gemäßig gestiegen. Insgesamt wurden im letzten Jahre 9701 Verstöße festgestellt, im Vorjahre nur 5647. Diese tiefste Steigerung der Verstöße gegen die U. V. V. zeigt, daß

alles getan werden muß, um dem Unfallchuh mehr So- wachung zu verschaffen. Nachstehender Auszug zeigt, bei welchen Betriebsvorgängen die meisten Verfälle vorgekommen sind. Es wurden folgende Verfälle festgestellt:

Table with 2 columns: Description of accident types and their frequency. Includes items like 'Fehlen von Verwehungen an Wellen und Riemenscheiben' (2433), 'Fehlen von Stabrosten über den Walzen der Walzenstühle' (1384), etc.

Wir wollen uns auf diese Beispiele beschränken. Sie zeigen unseren Kollegen, an welchen Betriebsrichtungen die meisten Verfälle vorgekommen sind. An erster Stelle stehen die Verfälle gegen den Schuh bei Wellen und Riemenscheiben. An zweiter Stelle kommen die gefährlichen Walzenstühle. Unter Rubrik 3 finden wir wieder Fehlen des Schutzes an Riemenscheiben und Rädern und dann kommen die gefährlichen Eingriffsstellen der Zahnräder, Reibungsräder, Kettengetriebe usw. Diesen Betriebsvorgängen muß also die meiste Aufmerksamkeit geschenkt werden.

In bezug auf Beachtung der Schutzmaßnahmen durch die Versicherten sagt der Bericht folgendes:

„Das Verständnis für Schutzmaßnahmen und Schutzvorrichtungen hat unter den Versicherten zugenommen; namentlich wird in den Großbetrieben, wohl auch unter dem Einfluß der Betriebsräte, die Notwendigkeit der Schutzvorrichtungen stark betont. Es ist das eine erfreuliche Erscheinung.“

Es wird dann weiter gesagt, daß auch Gleichgültigkeit gegen Schutzvorrichtungen zu finden ist, namentlich treffe dies in Kleinbetrieben zu, wo die Gleichgültigkeit von den Unternehmern und von den Versicherten in gleichem Maße ausgebe. An einer anderen Stelle heißt es dann im Bericht wörtlich:

„Ein weiterer häufig beobachteter Mangel, der schon zum ehernen Bestand der Mängel gehört, sind offene Boden- und Wandlücken — offen trotz der vorhandenen Klappdeckel —, Sären- oder Brustwehren. Weiter ist die Nichtbenutzung der Fahrstuhlverschlässe ein fast unausrottbarer Uebelstand. Die Versicherten sollen es sich gegenseitig zur Pflicht machen, hier nichts zu verläumern, denn es gefährdet durch die Nichtbenutzung der vorhandenen Deckel, Sären usw. ein Arbeitskollege den anderen, und schwer: Unfälle sind auf diese Unterlassung zurückzuführen.“

Trotzdem also im Bericht festgestellt wird, daß das Verständnis für die Schutzmaßnahmen zugenommen hat, wird hier der Arbeiterchaft doch vorgehalten, daß sie nachlässig manchen Unfall mit herbeiführt. Wir wollen nicht untersuchen, ob die Nachlässigkeit nicht in erster Linie in der Arbeitsmethode, im Arbeitsstempo usw. zu suchen ist. Aus Erfahrung wissen wir, daß das Arbeitsstempo manchen Kollegen dazu bestimmt, die nötige Vorsicht außer acht zu lassen. Das darf nicht vorkommen. Wir dürfen uns auch indirekt nicht den Vorwurf machen lassen, daß wir die Unfallgefahr selbst vergrößern. Aber auch an die Unternehmer müßte die Mahnung gerichtet werden, auch ihr Teil dazu beizutragen, daß die Arbeiterchaft durch die Art der Arbeit nicht gezwungen wird, Unfallgefahren gegenüber gleichgültig zu werden.

Erwähnt wird ferner, daß oft offene Transporttschnecken ungetroffen wurden, obwohl Verschlussdeckel vorhanden seien. Ein besonderer Abfall ist den in den Betrieben neu aufgestellten Maschinen gewidmet. Es wird gesagt, daß immer noch neue Maschinen ohne Schutzvorrichtung geliefert werden. Selbst offene Schwungräder und Riemengriebe werden ohne Schutzvorrichtung aufgestellt. Der Berichterstatter hofft, daß dies bald anders wird. Wir möchten dazu sagen, daß es mit dem Tage anders werden würde, an dem die Maschinenindustrie durch Gesetz gezwungen wird, die Maschinen den Unfallverhütungsvorschriften entsprechend zu schützen. Es bleibt also nach dem Bericht bezüglich Durchführung des nötigen Unfall- schutzes noch sehr vieles zu wünschen übrig; mögen unsere Kollegen dazu beitragen, daß es bald besser wird!

Im Jahre 1928 wurden bei der Berufsgenossenschaft 5473, im Vorjahre 5391 Unfälle gemeldet. Davon wurden als ent- schädigungspflichtig anerkannt 551 (545). 59 (43) Unfälle endeten mit tödlichem Ausgang. 4 (0) Versicherte wurden gemeldet, die von einer gewerblichen Berufskrankheit befallen waren. Von diesen Krankheiten verließen 2 mit tödlichem Ausgang. Wir können also sowohl bei den gemeldeten als auch bei den entschädigten Unfällen eine Steigerung feststellen. Die Unfälle mit tödlichem Ausgang sind gegenüber dem Vor- jahre geradezu ungeheuer gestiegen. Auf 1000 Dollarbeiter entfielen 103,4 gemeldete, 10,41 entschädigungspflichtige und 1,11 tödliche Unfälle. Für eine Anzahl Betriebsvorgänge sind die Unfälle spezialisiert ausgeführt. Wir bringen sie nach- stehend auszugsweise wieder.

Table showing accident statistics by vehicle type. Columns: Vehicle type, reported accidents, fatal accidents. Includes 'Lastkraftwagen, Autos und Motorräder' (150 reported, 23 fatal), 'Pferdefuhrwerk' (213 reported, 63 fatal), etc.

Besonders beachtenswert sind für unsere Dmühlenarbeiter die Unfälle an Walzen. Der Bericht verweist hier besonders darauf. Er konstatiert, daß die gemeldeten Unfälle hier von 67 im Vorjahre auf 56 in diesem Jahre zurückgegangen seien. Wenn man aber bedenkt, daß die Verletzungen an diesen Maschinen doch sehr häufig dauernde Folgen hinterlassen und daß die Zahl der Beschäftigten an diesen Arbeitsstellen ver- hältnismäßig gering ist, dann ist die Zahl der Unfälle doch sehr hoch. Ein ganz eigenartlicher Unfall ereignete sich, der Beachtung verdient. Der Bericht sagt hierzu:

„Ein Arbeiter war damit beschäftigt, leere Säcke zu sortieren. Als er Säcke ausschüttete, sprang eine Maus heraus; er schlug nach ihr, glitt aus und kam zu Fall. Dadurch erlitt er einen schweren Oberschenkelbruch, an dessen Folgen er verstarb.“

Hier kann man wirklich sagen: „Kleine Ursachen, große Wirkungen“. Gegen solche unglücklichen Zufälle ist aber auch kein Schutz gegeben.

Auf einige andere charakteristische Unfälle wird in dem Bericht weiter verwiesen. So wurde z. B. ein Versicherter beim Anschließen des Kessels durch eine unverschämte elektrische Handlampe tödlich verletzt. Auf das Eingehen weiterer Beispiele wollen wir der Kürze halber verzichten.

Wir bitten unsere Vertrauensleute, sich den Bericht von den Betriebsleistungen geben zu lassen und ihn aufmerksam zu studieren.

Von den 59 Unfällen mit tödlichem Ausgang ereigneten sich:

Table showing causes of fatal accidents. Columns: Cause, number of accidents. Includes 'an Motoren' (1), 'durch Schlag von Windmühlenslägeln' (1), 'an Transmmissionen' (17), etc.

Auch diese Zahlen zeigen uns mit aller Deutlichkeit, wo die meisten Gefahren drohen. An erster Stelle bei den tödlichen Unfällen stehen die Transmmissionen. Nicht weniger als 17 Kollegen mußten hier ihr Leben einbüßen. An zweiter Stelle stehen die Fuhrwerke und an dritter Stelle die Unfälle durch Fall von Leitern usw. Auch die tödlichen Unfälle an Fahrstühlen, Aufzügen usw. sind ziemlich hoch.

Über die Schuldfrage drückt sich der Bericht sehr vorsichtig aus. Er konstatiert auf der einen Stelle, daß Unfälle auf Alkoholmißbrauch nicht zurückzuführen sind. An einer anderen Stelle wird über die Schuldfrage folgendes gesagt:

„Es ist nicht ganz leicht, die Schuldfrage zu beantworten. Wohl ist eine große Zahl von Unfällen auf mangelhafte Betriebs- einrichtungen, Fehlen und Wegnahme von Schutzvorrichtungen zurückzuführen und somit teils einer Lässigkeit oder Fahrlässigkeit des Unternehmers oder des Versicherten zuzuschreiben. Ob aber die ebenfalls zahlreichen Unfälle, die auf einem eiligen falschen Handgriff, einer im Augenblick unüberlegten Arbeitsweise usw. beruhen, noch einem Selbstverschulden zugeschrieben werden können, ist mehr als fraglich. Wir möchten es verneinen.“

Es heißt dann weiter, daß die psychologische Verfassung des Verletzten im Augenblick des Unfalls von wesentlicher Bedeutung sei. Uns scheint, als wenn hier die Unfallursachen im großen und ganzen richtig beurteilt werden. Die Frage ist nur immer wieder die, durch welche Umstände wird diese psychologische Verfassung des Beschäftigten herbeigeführt. Meist liegt es in den Betrieben doch so, daß durch Aus- nützung der menschlichen Arbeitskraft und durch das Tempo der Maschine der Mensch heute in den Betrieben so an- gepannt wird, daß er auf die ihn umgebenden Gefahren gar nicht so achten kann, wie es nötig wäre. Oft werden auch Arbeitsleistungen gefordert, die sich mit dem nötigen Unfall- schutz nicht durchführen lassen. Dadurch wird der Arbeiter veranlaßt, den Unfallschutz außer acht zu lassen, Schutz- vorrichtungen zum Teil außer Kraft zu setzen, um so auf seine Rechnung zu kommen. Nachher, ist man leicht geneigt, dem Arbeiter selbst die Schuld an den Unfällen zu geben; prüft aber nicht, welche Umstände ihn dazu veranlaßten, die nötige Vorsicht außer acht zu lassen. An unsere Kollegen können wir nur immer wieder die dringende Mahnung richten, be- achte bei eurer Arbeit den nötigen Unfallschutz, und wo dieser der Arbeit oder der Maschine nicht angepaßt ist, arbeite daran mit, den Unfallschutz so auszubauen, daß er bei der Arbeit nicht hinderlich ist. E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Aus der amerikanischen Kunstblumenindustrie.

Die amerikanische Kunstblumenindustrie reicht bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Die erste Fäblung der in dieser Industrie beschäftigten Personen erfolgte 1870. Sie er- streckte sich auf die Herstellung von Kunstblumen und Be- arbeitung von Schmuckfedern. Nach der Zeitschrift „Künstliche Blumen“ wurden 1870 in Amerika 1114 Arbeiterinnen in der Blumen- und Federnindustrie beschäftigt; 1927 waren es 4715. Dabei sind in der Zahl von 1927 nur Blumenarbeiter ent- halten; die Federnarbeiter sind außer Ansatz geblieben. Die Beschäftigten sind in der Mehrzahl Frauen. Die Lohnsumme, die 1927 verausgabte wurde, betrug 5 050 438 Dollar. Das ist ein durchschnittlicher Wochenverdienst pro Person von 20,6 Dollar = 83 Mk.

Betriebsstätten wurden 1927 190 gezählt. Sie verteilen sich auf die Staaten Newyork, Illinois, Newjersey, Ohio, Indiana, Massachusetts, Connecticut, Florida, Low, Mary- land, Michigan, Texas und Utah. Im Staate Newyork ist der Hauptsitz der Industrie mit 125 Betrieben. Die restlichen 65 Betriebe verteilen sich auf die übrigen genannten Staaten. Die Gesamtproduktion 1927 bezifferte sich auf 19 576 357 Dollar; 1925 war sie nahezu 2 Millionen Dollar niedriger.

Deutschlands Gesamtexport von Kunstblumen aus Gespinnstwaren betrug 1928 5059,95 Doppelzentner im Werte von 14 239 000 Mk., 1927 4742,97 Doppelzentner im Werte von 13 278 000 Mk. Die Gesamtexport von Kunstblumen aus Papier betrug 1928 15 577 Doppelzentner im Werte von 10 472 000 Mk. und 1927 11 503 Doppelzentner im Werte von 8 639 000 Mk. Die deutsche Kunstblumenindustrie hat also 1928 für rund 25 Millionen und 1927 für rund 22 Millionen Mark Kunstblumen ausgeführt. Der Inlandsverbrauch deutscher Kunstblumenprodukte wird mit 40 Prozent geschätzt, so daß sich eine Gesamtproduktion 1928 von 35 Millionen und 1927 von 31 Millionen Mark errechnet.

In Mark umgerechnet betrug die Gesamtproduktion künst- licher Blumen in Amerika 1927 rund 80 Millionen Mark; 1928 war sie ungefähr ebenso groß. Daraus ist zu ersehen, daß die deutsche Kunstblumenindustrie mit ihrer Gesamtproduktion 1928 44 Prozent und 1927 nur 38,7 Prozent der amerika- nischen Kunstblumenproduktion erreicht hat.

Der Konsum von Kunstblumen in Amerika ist weit größer, als aus den Zahlen der Eigenproduktion hervorgeht. Zu der Eigenproduktion werden von den Vereinigten Staaten Nord- amerikas noch rund 20 Prozent Kunstblumen eingeführt. 1928 betrug die Einfuhr 3 901 247 Dollar und 1927 3 798 136 Dollar.

Es kann also angenommen werden, daß in Amerika 1928 und auch 1927 für rund 23 Millionen Dollar Kunstblumen ver- braucht wurden.

An der Einfuhr von Kunstblumen nach den Vereinigten Staaten beteiligten sich Deutschland, Frankreich, die Tschecho- slowakei, Japan, Australien, Belgien, England, Italien, die Schweiz und China. Die deutsche Einfuhr von Kunstblumen nach Amerika betrug 1928 2 581 747 Dollar. Aus dieser Zahl im Vergleich mit der Zahl der gesamten Einfuhr geht hervor, daß die deutsche Kunstblumenindustrie nahezu 1/4 aller von den Vereinigten Staaten im Auslande gekauften Kunstblumen liefert. Nach Deutschland folgt Frankreich mit ungefähr 1/10 der deutschen Einfuhr, dann die Tschechoslowakei mit ungefähr 1/20 und Japan mit 1/25 der deutschen Einfuhr. Die übrigen Einfuhrländer beteiligten sich mit unbedeutenden Zahlen.

In den letzten Jahren hat die amerikanische Kunstblumen- industrie auch Exportversuche unternommen. Der jährliche Export wird auf 300 000 bis 400 000 Dollar, also rund 1 1/2 Millionen Mark geschätzt. Das ist zwar im Vergleich zur deutschen Ausfuhr mit rund 25 Millionen Mark noch eine recht unbedeutende Menge. Die amerikanische Industrie schickt sich aber an, überall festen Boden zu fassen. Die Zeitschrift „Künstliche Blumen für Mode und Dekoration“ sagt in ihrem Heft Nr. 28 vom 29. Juni 1929 u. a. folgendes dazu:

„Die Ausfuhr künstlicher Blumen aus Amerika nimmt ständig zu und bedroht zum Teil jene Positionen, die bisher Frankreich in verschiedenen Ländern inne hat. In der franzö- sischen Industrie wird die Lage des Exports dabei als ernst be- zeichnet und die französische Handelskammer in Newyork sowie die Kammern in anderen Ländern sind ersucht worden, den Kunstblumenmarkt genau zu analysieren und geeignete Export- maßnahmen in Vorschlag zu bringen. — Das ständige Wachsen der Eigenproduktion der Vereinigten Staaten von Amerika be- unruhigt aber selbstverständlich nicht nur Frankreich, sondern auch die anderen an der Einfuhr Hauptbeteiligten, nämlich Deutsch- land und die Tschechoslowakei, deren Export nach USA immer kleiner zu werden droht.“

Der letzte Hinweis im vorstehenden Satz scheint über- trieben. 1928 hat die deutsche Kunstblumenindustrie ihre Ein- fuhr nach USA, sogar um rund 550 000 Dollar steigern können. Allerdings ist die Einfuhr der Tschechoslowakei um rund 90 000, die der französischen Industrie um rund 350 000 Dollar zurückgegangen.

Richtig ist, daß die amerikanische Kunstblumenindustrie sich ansieht, zu exportieren. Wenn sie sich zuerst bei der franzö- sischen Konkurrenz bemerkbar macht und sogar schon einige Positionen errungen hat, so ist aus dieser Entwicklung zu er- sehen, daß die USA-Kunstblumenindustrie nur erste Qualitäts- ware auf den Markt bringt; denn die französische Kunstblume ist als Qualitätsware bekannt. S. E. Klein.

Frauenfragen.

Neue Ehegeseinnung.

Von Karl Öhr.

Man kann sich darüber streiten, ob die Form der heutigen Ehe richtig ist oder falsch, oder ob die rechtlichen Grundlagen der Ehe erschütter sind, verändert werden müssen, wie weit die Ehe die persönlichen Freiheiten des Menschen beschränkt und wie groß der Spielraum für die Freiheit sein darf. Darüber darf man sich aber nicht mehr streiten, daß die Ehe keine Gemeinschaft zur Befähigung des menschlichen Spiel- triebes sein darf oder ein Tummelplatz spielender Menschen. Sie muß immer, gleichgültig, welche rechtliche und gesellschaft- liche Form sie annehmen mag, eine auf sittlicher Grundlage aufgebaute Lebensgemeinschaft sein. Wer schon einmal eine Ehe einget, muß wissen, daß er Pflichten übernimmt und ernste Lebensaufgaben erfüllen muß. Jeder spielerische Mißbrauch entwertet aber die Ehe.

Wann beginnt eine Ehe zu entwerten? Wenn eine Ehe nach einem oder wenigen Jahren gescheitert wird ohne tieferen Grund, wenn die Ehe ein amüsanter Spiel- für die Beteiligten war. Sie wird aber auch dann entwertet, wenn die Menschen in der Ehe weiter zusammenleben trotz tiefer Gegensätze. Wo das Zusammenleben der Menschen zur Qual wird, muß eine Trennung herbeigeführt werden. Es gibt und wird immer Ehen geben, in denen Menschen sich gegenseitig selbst und körperlich aufreiben und die Trennung die einzige Lösung für die Rettung der beiden Menschen ist. Wir wissen wohl, daß nicht alle Menschen in der Ehe reiflos glücklich werden können, denn zu verschieden sind die Menschen, ihre Charaktere passen nicht immer zueinander, ihre Temperamente sind zu entgegengesetzt, und die Unvollkommenheit des Menschen erleichtert nicht immer das Zusammenleben in der Ehe. Dann fehlen oft die sozialen Voraus- setzungen, um die Ehe glücklich zu machen. Wo Wohnungsnot, Erwerbslosigkeit usw. herrschen, fehlt die äußere Bedingung der glücklichen Ehe.

Sind soziale und tiefmenschliche Gründe vorhanden, die ein weiteres Zusammenleben unmöglich machen, dann muß man von den Ubeln das geringste nehmen, und hier ist oft die Trennung das kleinere Ubel. Uns kommt es ja nicht auf den äußeren Erhalt der Ehe an, sondern auf den ethischen Gehalt. Damit wollen wir aber keineswegs sagen, daß nun alle Menschen leichtfertig ihre Ehe lösen müssen, wenn sich kleinere Konflikte in die Ehe einschleichen. Durch allzu leicht- fertige Scheidung entwertet man ebenfalls die Ehe. Auch soll man nicht den leichtsinnigen Menschen die Möglichkeit geben, zu heiraten und, wenn sich die ersten Schwierigkeiten zeigen, sich wieder scheiden zu lassen. Diese Gefahr besteht, wenn wir nicht das Gewissen der Menschen schärfen.

Allzu reichlicher Gebrauch der Scheidungen entwertet also die Ehe. Wie schützen wir uns vor dieser Entwertung? Durch Erzhwerung der Scheidung? Das wäre falsch. Denn dadurch würden wir innerlich faule Ehen zusammenhalten, sie noch schlechter machen, damit die Menschen schlecht machen und die innere Reform der Ehe außerordentlich erschweren. Es kommt nicht darauf an, so wenig wie möglich Ehescheidungen zu haben, sondern darauf, so viel glückliche Ehen wie möglich zu haben. Sind die Ehen inner- lich verfault, schlecht, zerrüttet, dann müssen sie getrennt

werden, weil es unsittlich ist, mit einem Menschen zusammenzuleben, den man vielleicht verachtet, haßt, oder dem man gleichgültig ist. Solche noch zusammenhalten zu wollen, bedeutet ebenfalls die Ehe entwerfen. Nur eine solche ist sittlich vollkommen, in der die beiden Ehegatten aus innerer Freiheit heraus zusammenleben.

Leichtfertige Eheschließung und Scheidung entwertet die Ehe, noch mehr aber das Zusammenleben ohne innere Freiheit. Soll die Ehe vor Entwertung geschützt werden, dann hilft nicht etwa ein rechtlicher Schutz, eine soziale Änderung bestimmter Verhältnisse, sondern diese Entwertung kann nur verhindert werden durch eine Umwandlung der Ehegesinnung. Selbstverständlich kann eine solche nur wachsen auf einem gesunden sozialen Boden; wenn aber das Samenkorn nicht gesund ist, kann auch keine reife Frucht wachsen. Ohne Veränderung sozialer Verhältnisse bleibt eine Gesinnungswandlung erfolglos, ebenso bleibt eine Veränderung sozialer Verhältnisse ergebnislos, wenn nicht eine Gesinnungswandlung gleichläuft.

Außere Eheformen führen allein nicht zu einer Änderung unserer heutigen Ehe. Wir können durch Veränderung des Eherechts die Scheidungen erleichtern, die Gleichberechtigung der Geschlechter juristisch zum Ausdruck bringen, können die völlige Zerrüttung der Ehe aufhalten durch soziale Lageveränderungen usw. usw. Damit ändern wir aber nur die juristische und soziale Seite der Ehe, wir verändern damit die Ehe als soziale Lebensgemeinschaft, aber noch lange nicht als ein menschliches Konfliktproblem. Neben dieser äußeren Reform muß eine innere hinzukommen. Die Menschen, die eine Ehe eingehen, müssen ihrer Ehe den Charakter einer freiwilligen Lebensgemeinschaft geben. Nur wenn die Menschen auf dieser selbstgeschaffenen Grundlage zusammenleben, die Ehe nicht als Zwang empfinden, sondern als Freiwilligkeit, die natürlich nicht Freiheit von den selbstauferlegten Pflichten bedeutet, kann die Ehe von innen heraus umgestaltet und so die langsam einsetzende allgemeine Entwertung aufgehoben werden.

Wer natürlich die Ehe nur als eine Spielart der Gemeinschaft betrachtet, nur wert für ein amüsanter Abwechslungsspiel, besitzt nicht die notwendig zur Ehe gehörende Gesinnungsreife und entwertet sie durch seine Verantwortungslosigkeit gegenüber dem tiefsten menschlichen Problem.

Ehe setzt eine Ehereise voraus! Nicht nur altersmäßig, sondern mehr noch gesinnungsmäßig. Nur wer diese reife Ehegesinnung besitzt, wer durchdrungen ist von der Erkenntnis, daß Ehe Opferbereitschaft bedeutet, freiwillige Opferbereitschaft, Dienst am anderen Menschen, nur wer weiß, daß eine bestimmte Charaktereise zur Ehe gehört, die wurzelt im Bewußtsein der Gleichberechtigung der Geschlechter, sollte heiraten. Wie viele dürften da heiraten? Wer zählt die Menschen? Die Männer? Die Frauen? Wer begreift hier nicht die gewaltige Verantwortung, die der Erziehung gesetzt ist? Erziehung zur Ehegesinnung, nicht zur Ehe, muß die Formel lauten! Heißt das aber, daß wir die Eheschließungen erschweren wollen? Durch gesetzliche Maßnahmen? Das wäre ebenso verkehrt, wie etwa die Scheidungen zu erschweren. Nicht die Erschwerung der Eheschließung und Trennung hebt die Entwertung der Ehe an, sondern eine gesinnungsmäßige Wandlung der Menschen, die heiraten.

Wir brauchen eine äußere und eine innere Reform der Ehe. Äußere: Erleichterungen der Ehescheidungen, damit Menschen nicht zwangsmäßig zusammenleben müssen. Veränderungen der sozialen Verhältnisse, damit Not und Sorgen nicht allzu stark das Glücksgefühl beeinträchtigen. Hinzu muß aber kommen eine innere Umstellung des Menschen gegenüber dem Menschen, wenn die äußeren Veränderungen fruchtbar sein sollen. Innere: Aus der Ehe eine freiwillige Lebensgemeinschaft zu machen, die sich aufbaut auf einer neuen Ehegesinnung. Neue Ehegesinnung: Die Erkenntnis der Gleichberechtigung der Geschlechter muß gesinnungsmäßig in uns so stark wurzeln, daß wir auch danach handeln können und in dem Menschen kein Besitztum sehen, über das wir herrschen, sondern in dem Menschen ein gleichberechtigtes Wesen sehen, dem wir freiwillig dienen als Dank gegen freiwillig gegebenen Dienst. Nur auf dieser Freiwilligkeit muß die Ehe aufgebaut sein, die auf jeden Machtanspruch gegenüber dem Menschen verzichtet. Wo Zwang in der Ehe herrscht, hört die Ehe auf, eine freiwillige Lebensgemeinschaft zu sein, sie wird zu einer Zwangsgemeinschaft, der man nur entfliehen will, und die allein wert ist, daß sie aufgelöst wird. Diese Ehe entwertet die Ehe, und die Entwertung der Ehe hört auf, wo sie zur freiwilligen Lebensgemeinschaft wird. Über deren Form brauchen wir uns nicht zu streiten, weil ihr Inhalt von selbst gegeben ist.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbanken des Auslandes.

Je mehr bei den großen Arbeiterverbänden, vor allem den Gewerkschaften, sich große Kapitalien ansammeln, je mehr die gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sonstigen Einrichtungen der Arbeiter an Umfang und Bedeutung zunehmen, um so notwendiger wird eine Verwaltung der Arbeitseinnahmen, die diese Mittel den Arbeiterorganisationen statt der privatkapitalistischen Wirtschaft zuführt. Dieser Gedanke liegt der Arbeiterbanken entgegen. Sie nehmen ihren Ursprung von Amerika, wo sie auch heute noch, was Zahl und Kapitalkraft anbelangt, im Vordergrund stehen. Mit der Entwicklung der Arbeiterbanken beschäftigt sich eine jüngst erschienene Untersuchung von Dr. Hans Comptz (veröffentlicht im Verlag H. Mayer, Halberstadt, in der Sammlung „Soziale Organisationen der Gegenwart“, herausgegeben von Professor Grünfeld). Die amerikanischen Arbeiterbanken sind in vielen Dingen grundförmlich von den deutschen unterschieden. Während in Deutschland die Nationalen ausschließlich Arbeiterorganisationen und diesen nahestehende Unternehmungen (Genossenschaften) sind, besitzen in Amerika einen großen Teil des Aktienkapitals die einzelnen

Gewerkschaftsmitglieder, ja auch sonstige Privatpersonen, die aus irgendeinem Grunde an den Arbeiterbanken ein besonderes Interesse nehmen. Im Gegensatz zu dem zentralistisch aufgebauten europäischen Arbeiterbankwesen finden wir in Amerika eine weitgehende Dezentralisation. 33 verschiedene Arbeiterbanken treten hervor, die über ein Kapital von insgesamt 8,1 Millionen Dollar verfügen und einschließlich Reserven und Einlagen mehr als 124 Millionen an Mitteln besitzen. Von den europäischen Ländern verfügen außer Deutschland, Belgien, die nordischen Länder und Österreich über Arbeiterbanken. In Belgien ist es die Banque Belge du Travail in Brüssel, die allerdings in ihren Bankgeschäften nicht nur auf Arbeiterorganisationen und ihre Förderung ausgeht, sondern weitgehend privatkapitalistisch eingestellt ist. Hier befindet sie sich im Gegensatz zum Comptoir de Depots et de Prets, der zweiten Arbeiterbank in Belgien, die vornehmlich die Finanzoperationen der Genossenschaften und anderer Arbeitereinrichtungen durchführt. Auch die norwegischen Arbeiterbanken unterscheiden sich in geschäftlicher Organisation und Praxis wenig von den Privatbanken, doch dürfen bei der dänischen Arbeiterbank in Kopenhagen ebenso wie in Deutschland kein Privatmann, sondern nur die Arbeiterorganisationen Aktionäre sein. Ebenso ist es bei der sozialistisch orientierten norwegischen Arbeiterbank in Oslo. Von besonderer Bedeutung ist die österreichische Arbeiterbank, A.-G. in Wien. Sabungsgemäß sind ihr zwar alle Bank- und Finanzgeschäfte erlaubt mit gewissen, in ihrem sozialen Charakter begründeten Einschränkungen, doch wird das Hauptgewicht auf den Sparverkehr gelegt.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Die Reform der Arbeitslosenversicherung

soll vom 15. August d. J. an im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages weiter beraten werden. Die geplante Novelle zur Arbeitslosenversicherung soll schon in der ersten Hälfte des Monats August dem Reichstag zur Beratung vorgelegt werden. Dazu ist allerdings eine erhebliche Beschleunigung aller mit dieser Frage verbundenen Arbeiten notwendig, besonders müßte die Sachverständigenkommission zur Begutachtung der Arbeitslosenversicherung schnelle und gute Arbeit leisten.

Nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministers Wiffell wird die Krisenfürsorge grundsätzlich auch nach dem 30. Juni 1929 weitergewährt werden, jedoch soll bei der Gewährung neben der Arbeitsmarktlage in den einzelnen Berufen auf die gespannte Finanzlage des Reiches Rücksicht genommen werden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Volkstreisebureau.

Anfang dieses Jahres haben die freien Gewerkschaften in Bremen ein Volkstreisebureau mit Oberseeagentur eröffnet. Das Bureau erteilt Auskunft über Passagen, Fahrzeiten der Dampfer, Paß- und Konsulatsbestimmungen usw. Jedem Ausreisenden ist dringend anzuraten, die Dienste des genannten Bureaus nicht nur wegen Auskunft, sondern auch wegen Platzbelegung und Unterbringung in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig veranstaltet das Volkstreisebureau billige Ferienfahrten und Ferienaufenthalte, und zwar nach Paris vom 15. bis 21. Juli für 140 Mk. und zum Rhein vom 4. bis 10. August, ebenfalls für 140 Mk. Volkstreisebureau Bremen, Bremen, Nordstraße 45.

Wirtschaftliches.

49 Aufsichtsräte erhalten 3,2 Millionen Mark.

Daß die Aufsichtsratsmitglieder großer Gesellschaften hohe Bezüge erhalten, ist bekannt. An der Spitze dürfte wohl die I.-G. Farbenindustrie A.-G. stehen. Die Aufsichtsratsmitglieder dieser Gesellschaft erhalten 5 v. H. der Dividendensumme, die sich aus einer Dividende von mehr als 4 v. H. ergibt. Auf Grund dessen kommt für das vergangene Jahr die nette Summe von 3,2 Millionen Mark heraus. Dieser Betrag wird unter 49 Aufsichtsratsmitgliedern aufgeteilt. Es ist nicht bekannt, ob die Verteilung gleichmäßig geschieht. Ist das der Fall, dann erhält jedes Mitglied pro Jahr 65 000 Mk. Diese riesenhafte Entschädigung wird an Leute bezahlt, deren Tätigkeit sich zum Teil durch die Teilnahme an den Sitzungen erschöpft. Einige Mitglieder mögen eine stärkere Tätigkeit für die Gesellschaft entfalten. Auf alle Fälle kann man die Aufsichtsratsmitglieder der I.-G. Farbenindustrie zu den Glückspilzen der gegenwärtigen Zeit rechnen. Die Arbeiter der I.-G. Farbenindustrie werden eine solche Noblesse gegenüber den ersten Organen der Gesellschaft mit gemischten Gefühlen betrachten. Bezeichnend ist es, daß die letzte Generalversammlung der I.-G. Farben eine Erhöhung der tantiemenfreien Vordividende, also eine Kürzung der Aufsichtsratsantennen ablehnen.

Ausland.

Durchgehende Arbeitswoche in Rußland.

(RCA) Die russische Industrie leidet bekanntlich Mangel an Maschinerie und technischer Ausrüstung der Betriebe. Damit die vorhandene Ausrüstung voll ausgenutzt werde, hat der bekannte Kommunist Karin die Einführung der kontinuierlichen Arbeit in der Industrie angeregt: die Maschinerie soll nicht mehr wie bisher nur 300 Tage im Jahr, sondern volle 360 Tage ausgenutzt werden. Diesem Gedankengang folgend, hat nun der Oberste Volkswirtschaftsrat einen Erlaß über die Einführung der durchgehenden Arbeitswoche herausgegeben, der von dem stellvertretenden Vorsitzenden Rachimowitsch gekennzeichnet ist.

In dem Erlaß des Obersten Volkswirtschaftsrates heißt es: „Auf dem Sowjetkongreß der Union wurde die Frage der

Zweckmäßigkeit der Einführung eines kontinuierlichen Arbeitsjahres und der Umstellung der Betriebe auf eine durchgehende Arbeitswoche aufgestellt. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der optimalen Ausnutzung der vorhandenen Maschinerie und der Beschleunigung des Tempos des Industrieneubaus muß die Industrie alles daran setzen, alle Möglichkeiten klarzustellen und alle notwendigen Maßnahmen zur Einführung des kontinuierlichen Arbeitsjahres in Angriff nehmen. Zur Klärung der Zweckmäßigkeitsfrage und zur detaillierten Vorbereitung der durchgehenden Arbeitswoche in den einzelnen Industriezweigen wird angeordnet: Das planwirtschaftliche und das wissenschaftlich-technische Amt sowie die Hauptverwaltungen der einzelnen Industriezweige im Obersten Volkswirtschaftsrat haben unverzüglich an die Bearbeitung der Frage der Umstellung der Industriebetriebe auf die durchgehende Arbeitswoche heranzugehen.“ Anschließend fährt der Erlaß detaillierte Anweisungen für die Vorbereitungsarbeiten auf. Das Studium der Umstellungsprobleme und der Vorbereitungsarbeiten soll von den genannten Ämtern binnen drei Wochen abgeschlossen werden.

Rundschau.

Das Bildungsmonopol der Besitzschichten auf den deutschen Hochschulen.

Die Hochschulstatistik 1928 gibt eine Reihe bemerkenswerter Aufschlüsse über Zahl und Zusammensetzung der Studierenden. Die Zahl der Studierenden hat sich wiederum gegenüber dem Vorjahr sehr erheblich erhöht, sie lag von 101 436 Studierenden im Vorjahr auf 112 315, was eine Steigerung um 10,7 Prozent bedeutet. Die Zunahme der weiblichen Studierenden betrug sogar 25,5 Prozent, so daß seit 1911 die Zahl der weiblichen Studierenden in Deutschland sich vervielfacht hat. Die größere Zahl der Studierenden entfällt noch immer auf die Rechts- und Staatswissenschaften (29,3 Prozent), an zweiter Stelle steht das medizinische Studium. Was den Anteil der Studierenden an den einzelnen Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen anbelangt, so zeigt die Hochschulstatistik deutlich das noch ungebrochene Bildungsmonopol der Besitzschichten. Unter dem Gesichtspunkt des Berufes, den der Vater des Studierenden ausübt, konnten die 3/4 Millionen Angestellten in Deutschland nur 7,1 Prozent der Studierenden stellen, die 14,4 Millionen Arbeiter sogar nur 2 Prozent aller Studierenden! Der Hauptanteil der Studierenden entfällt auf die höheren und mittleren Beamten (die unteren Beamten stellen nur 1,7 Prozent), denn rund 45 Prozent der Väter der deutschen Studenten sind höhere und mittlere Beamte. Bemerkenswert ist noch, daß die weiblichen Studierenden anteilmäßig stärker den höheren sozialen Schichten entstammen als die männlichen Studierenden. So zeigen die Zahlen der Hochschulstatistik wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß die wenigen Aufstiegsmöglichkeiten, wie Arbeitergymnasium, Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifeprüfung, in keiner Weise ausreichen, um der Arbeiter- und Angestelltenklasse entsprechend ihrer Größe und entsprechend den in diesen schlummernden Fähigkeiten den Weg zum Hochschulstudium zu sichern. Es wäre an der Zeit, den Weg zur Hochschule auch von der Seite der sachlichen Ausbildung zu eröffnen, indem es über Berufsschule und höhere Fachschule ermöglicht sein müßte, die Vorbedingungen zum Hochschulstudium zu erfüllen.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a das Mitglied der Zahlstelle Leipzig Kurt Merseburger, B.-Nr. 706 680; auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit Ziffer 5 das Mitglied der Zahlstelle Arnberg Ludwig Kobold, B.-Nr. II 286 641, und das Mitglied der Zahlstelle Wustrow i. S. H. Ruppert, B.-Nr. 986 132.

Ausschreibung.

Für unsere

Rechtsschutz-Abteilung

suchen wir zu möglichst baldigem Antritt eine weitere

geeignete und befähigte Hilfskraft.

Die Bewerber müssen Zivilrecht, Arbeitsrecht, Arbeiterschutz, Reichsversicherung und das Betriebsrätegesetz völlig beherrschen und die daraus entstehenden Fragen und Fälle selbstständig bearbeiten können.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen unseres Gehaltsregulativs. Die Einreihung in die Gehaltsklasse bleibt der Vereinbarung vorbehalten.

Bewerber wollen selbstverfaßte Probearbeiten einreichen über die Themen:

1. Die Fristen und ihre Auswirkungen im arbeitsgerichtlichen Verfahren.
2. Begriff „Betriebsunfall“ nach der Reichsversicherungsordnung.

Bewerbungen mit Angaben über die bisherige Tätigkeit werden bis zum 28. Juli 1929 an den Hauptvorstand, Adresse: August Bey, Hannover, Nikolaisstr. 7, 2. Et., erbeten.

Bezirkszahlstelle Rauscha O.-L.

Die Geschäftsräume der Bezirkszahlstelle Rauscha (O.-L.) befinden sich vom 5. Juli 1929 an in Rauscha, Bahnhofstraße. Telefon Amt Rauscha 92. Dienststunden von 8 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. Sprechstunden von 10 bis 13 Uhr und von 16 bis 18 Uhr. Anzahlung der Unterstufung nur Freitags von 15 Uhr an. [3,50 Mk.

Zahlstelle Neuwied. Die Geschäftsführerstelle in Neuwied ist besetzt. Gewähr wurde der Kollege Fritz Sommer aus Neuwied. Allen Bewerbern besten Dank.
Die Verwaltung. S. Wirth (Köln).

Chemische Industrie

Durch heißen Stickstoff geblät.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich am 1. Juli in der Steinkohlenverflüssigungswerk der Aktiengesellschaft für Kohle-Verflüssigung und Kohleerzeugung in Dulsburg-Meiderich. Die neubauende Bergbau-Anlage war noch nicht im Betrieb. Es wurden mehrere noch Betriebsversuche unternommen. Bei einem solchen Versuch wurde am Rohranschluß eines Reaktionsgefäßes ein Ventil abgerissen, so daß der heiße Stickstoff ungehindert in den Arbeitsraum strömen konnte. Dadurch wurden ein Arbeiter und ein Ingenieur so schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit starben. Die Explosion war so stark, daß das Dach des Gebäudes vollkommen abgerissen wurde.

Aus dem Reiche des Farbenstrusses.

Ford und J.-G. Farbenindustrie.

Die enge Verknüpfung zwischen Ford Company Amerika und J.-G. Farbenindustrie in Deutschland hat in den letzten Tagen die Öffentlichkeit stark beschäftigt. Die J.-G. Farbenindustrie, A.-G., und verschiedene andere der Ford-Gesellschaft nahestehende deutsche Interessengruppen haben einen bedeutenden Teil des Aktienkapitals der deutschen Ford-Gesellschaften, das gegen Ende des vergangenen Jahres von 5 auf 15 Millionen erhöht wurde, übernommen. Damit wurde die ursprünglich angekündigte Neuaufnahme von Kapital in Höhe von 40 Prozent des bestehenden Aktienkapitals der Ford-Gesellschaft überfällig. Auffällig ist, daß die J.-G. Farbenindustrie, die sonst als sehr zurückhaltend bekannt ist, ihre Beteiligung an der Ford-Gesellschaft in einer Bekanntmachung herausgibt, die von Generaldirektor in Soeh und dem Finanzschaffner der J.-G. Farbenindustrie, Dr. Schmitz, selbst unterzeichnet wird. Handelt es sich hier um eine erhöhte Offenbarungsfähigkeit der J.-G. Farbenindustrie, oder verfolgt der Trust dabei besondere Absichten, die sich der Beurteilung durch die Öffentlichkeit noch entziehen. Welchen Zweck verfolgt dieses Aufsehen erregende Zusammengehen zweier so verschiedenartiger Industrieunternehmen? Welches Interesse hat Ford an der J.-G. Farbenindustrie? Bei der Gründung der amerikanischen Holding-Gesellschaft, an der die Ford Jun. dem Aufsichtsrat der amerikanischen Gesellschaft beigetreten ist, hat man die wirtschaftliche Seite dieses Zusammenschlusses in den Vordergrund gestellt, wonach Ford als Interessent für die Entwicklung einzelner Spezialerzeugnisse der J.-G. Farbenindustrie in Erwägung gezogen wurde. Das traf auch auf das Leichtmetall zu, das in Bitterfeld hergestellt wird, für das auch Ford Mittel für Motorbetriebsstoffe, Fabrikationsrohr, Lubwigshafen, und das Kunstbenzin, das teilweise in Ludwigshafen, in der Hauptfabrik aber in Leuna-Merseburg fabriziert wird. Es ist eine beachtenswerte Erscheinung, daß nicht die Fachleute der betreffenden Produktionsgruppen der J.-G. Farbenindustrie in den Vordergrund treten, sondern Professor Dr. Bosh, der zur Zeit populärste Mann des Farbenstrusses. Vielleicht ist mit diesem Hervortreten prominenter Männer des Farbenstrusses nur eine geschickt betriebene amerikanische Reklame der Ford-Gesellschaft beabsichtigt. Eine solche Absicht wäre erklärlich in Hinblick auf das deutsch-amerikanische Zusammenarbeiten zwischen Opel und General Motors, dem Hauptkonkurrenten der Firma Ford. Vielleicht beabsichtigt Ford damit dasselbe wie General Motors, die sich für ihre Repräsentation in Deutschland den ehemaligen Reichsmüller a. D. Dr. Albert und einen Vertreter der deutschen Großindustrie, Herrn Schurz-Beestow verschrieben haben. Die Gründung des Farbenstrusses ist namentlich seit Gründung der Auslandsgründungen für die öffentliche Beurteilung immer schwieriger. Wirtschaftliche Interessenvereinigung oder Reklamestrick? Jedenfalls darf man auf die weitere Entwicklung dieses Zusammenschlusses gespannt sein.

Die Beteiligung der J.-G. Farbenindustrie an Rhein Stahl.

Die Ausdehnung des J.-G. Farbenstrusses ist noch nicht abgeschlossen. Auch in der Eisenindustrie hat er Fuß gefaßt. Ein bereits seit längerer Zeit schwebender Umtausch von Aktien der Rhein Stahl gegen solche der J.-G. Farbenindustrie soll perfekt geworden sein. Die J.-G. Farbenindustrie hat bereits von dem 15 Millionen Mark betragenden Kapital 5 Millionen Mark erworben, besitzt also über ein Drittel der Beteiligung dieses großen Unternehmens der Eisenindustrie. Damit wäre eine enge Verknüpfung des Farbenstrusses mit der Stahl erzeugenden Industrie erreicht worden.

J.-G. Chemie, das Sammelbecken für das Auslandskapital der J.-G. Farbenindustrie.

Wie aus dem schweizerischen Prospekt der J.-G. Chemie-Aktien ersichtlich wird, sind außer den bereits früher von uns mitgeteilten Beteiligungen der J.-G. Farbenindustrie an der Norsk Hydro (Schwedische Stickstoffwerke) und Durant & Suezener, Beteiligungen an der Teerfarben-A.-G., Jülich, sowie der American J.-G. Chemical in die Schweizer Holding-Gesellschaft eingebracht worden. Die Höhe der eingebrachten Beteiligungen wird allerdings nicht genannt; man darf jedoch nicht daran zweifeln, daß es sich um sehr große Summen handelt. Damit beschäftigt sich die Vermutung, wie wir bei Besprechung der Gründung der Schweizer Holding-Gesellschaft schon ausgesprochen, daß eben diese Holding-Gesellschaft das Sammelbecken der Finanzen der ausländischen Unternehmen und auch der deutschen Unternehmen des Farbenstrusses werden wird. Die Schweizer Holding-Gesellschaft ist ein finanzielles Meisterstück der J.-G. Farbenindustrie, wodurch es ihr gelingen wird, ihre finanzielle Entwicklung den Augen der Öffentlichkeit in weitestgehendem Umfang zu entziehen. Von der steuerlichen Seite aus betrachtet, werden gewaltige Summen des Reiches der Versteuerung durch den deutschen Staat auf diese Weise entzogen.

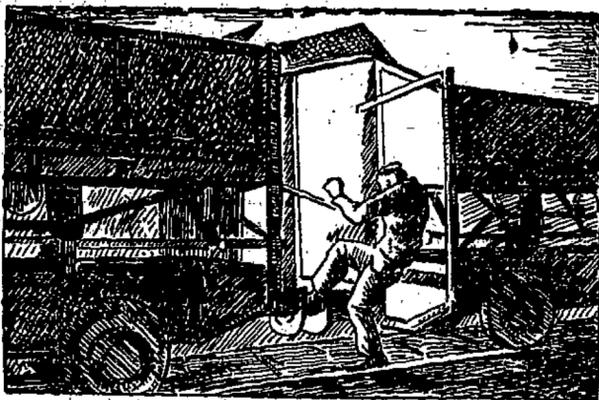
Über die Verteilung des Aktienkapitals in Höhe von 250 Millionen Schweizer Franken läßt sich nunmehr auch schon genaueres erkennen. Für die Börseneinführung und Zeichnung werden zirka 20 Millionen Mark bereitgestellt werden, 80 Millionen Mark dienen zur Ausübung des Bezugsrechts der deutschen Aktionäre, die dadurch glänzend und dafür schadlos gehalten werden, daß die J.-G. Farbenindustrie aus durchgeführten Gründen aus dem Gewinnergebnis des letzten Jahres nur 12 Prozent Dividende zur Verteilung gebracht hat. Der J.-G. Farbenindustrie werden an Barmitteln also folgende Summen zufließen: Aus dem Bezugsrecht im laufenden Jahre 80 Millionen Schweizer Franken und vorausgesetzt, daß die 50 Millionen Franken voll gezeichnet werden, 15 Millionen Schweizer Franken, so daß die gesamtliche Summe von beinahe 200 Millionen Franken in die Schweizer Holding-Gesellschaft im Laufe des Jahres eingebracht werden. Das ist eine finanzielle Machtfeldung der Auslandsinteressen der J.-G. Farbenindustrie von einem geradezu ungeheuren Umfang. Diese Nachverteilung des J.-G. Farbenstrusses übersteigt alles bisher Dagewesene. Kein anderes Industrieunternehmen hat eine derart prägnante Entwicklung zu verzeichnen. Für keine andere Industrie trifft deshalb der Spruch gesunde Unternehmer, kranker Arbeiter, mehr zu, als für den J.-G. Farbenstruss. Man darf darauf gespannt sein, inwiefern die J.-G. Farbenindustrie, deren Kapitalvergrößerung und Verdenklichwerden von Tag zu Tag wachsen, auch in ihrer Lohnpolitik gegenüber der Arbeiterschaft der deutschen Industrie diesen glänzenden Wohlstand des Unternehmens zum Ausdruck bringen wird.

R. Geyer.

Die französische Kaliindustrie.

Die Kaliindustrie ist ein verhältnismäßig junger Zweig der französischen Volkswirtschaft. Vor dem letzten Kriege konnte man von einer französischen Kaliindustrie kaum reden. Die geringen Kalivorkommen an der spanischen Grenze lohnten nicht den Abbau, so daß sie fast gar nicht zu erwähnen wären. Bis zum Kriegsende hatte Deutschland das Weltmonopol für Kali. Das wurde mit einem Schläge anders, als durch den verlorenen Krieg Elsass-Lothringen in französischen Besitz überging. Durch die Umstellung der elsassischen Kalimwerke an Frankreich hat Deutschland seine Monopolstellung in der Kaligewinnung verloren.

Die elsassische Kaliindustrie ist allerdings auch noch verhältnismäßig jung. Es war im Jahre 1904, als ein gewisser Joseph Vogt aus Niederbrücken die ersten Kalivorkommen in der Nähe von Müllhausen entdeckte. Da es ihm an Kapital zur Ausbeutung und zum Abbau der ihm erteilten Konzessionen



Nicht durchklettern!

mangelte, wandte er sich an französische Kapitalisten und gründete mit ihrer Hilfe die Soc. An. des Mines de Kali Sainte-Thérèse. Der größte Teil des elsassischen Kalivorkommens wurde aber von deutschen Gesellschaften ausgebeutet, deren Werke — es waren 10 an der Zahl — allerdings nach dem verlorenen Kriege in französischen Besitz gerieten. Endgültig wurden sie aber erst im Jahre 1924 dem französischen Staate zugesprochen. Das gesamte elsassische Kalivorkommen erstreckt sich auf etwa 21 000 Hektar mit einem Schätzungsweises Gesamtgehalt von ungefähr 1,8 Milliarden Tonnen Rohkali.

Die Gruppe St. Thérèse ist das einzige Unternehmen geblieben, es gehören ihr vier Gewerkschaften an. Die erwähnten 10 früheren deutschen Gewerkschaften sind heute unter der Bezeichnung Mines Domaniales de Potasse d'Alsace in der Verwaltung des französischen Staates.

Da wie schon erwähnt, die deutsche Kaliindustrie durch den Verlust der elsassischen Werke ihrer Monopolstellung beraubt war, konnte ein scharfer Wettbewerb und ein Kampf um die ausländischen Absatzmärkte nicht ausbleiben. Die nach dem Kriege stark gestiegene Leistungsfähigkeit der elsassischen Werke machte sich der deutschen Kaliindustrie oft recht unangenehm bemerkbar. Eine Verständigung über die Absatzgebiete lag in beiderseitigem Interesse. Nach einer vorläufigen Regelung in Lugano und langen, schwierigen Verhandlungen wurde dann Anfang 1927 ein endgültiges Abkommen getroffen, das die Verteilungen des Gesamtbedarfes an Kali, der französischen Kaliindustrie werden 80 Prozent zugestanden. Das ist eine für Frankreich sehr günstige Regelung, um so mehr, als vorgesehen ist, daß der französische Anteil auf 50 Prozent steigen kann, wenn die Gesamtzufuhrmenge aus beiden Produktionsgebieten 840 000 Tonnen übersteigt. Über bereits vorher, bei einem Export von 825 000 Tonnen bis zu 840 000 Tonnen wird Frankreich eine Zusatzquote von 3000 Tonnen jährlich zugestanden. Vielleicht wäre dieses Abkommen für Deutschland günstiger ausgefallen, wenn sich die Verhandlungen nicht so lange hinausgezögert hätten und wenn es früher zu einem Abschluß gekommen wäre. Dieser neue Vertrag, der in seinem eigentlichen Text hauptsächlich die Quotenverteilung regelt — die anderen Fragen, wie Preis, Verkauf usw. wurden in Sonderabmachungen behandelt — wurde dem Deutschen Kalisyndikat, G. m. b. H., Berlin, einerseits und der Société Commerciale de Potasse d'Alsace in Müllhausen, den Mines Domaniales de Potasse d'Alsace und der Aktiengesellschaft Mines de Kali Sainte-Thérèse in Müllhausen andererseits abgeschlossen, so daß praktisch alle deutschen und französischen Kaliproduzenten durch den Vertrag erfasst sind.

Es wurde schon erwähnt, daß nach dem Kriege die elsassische Kaliindustrie einen gewaltigen Aufstieg zu verzeichnen hatte. Mit der Aufwendung von ungeheuren Mitteln wurde eine durchgreifende Modernisierung und technische Neuorganisation der Betriebe erstrebt und erreicht. Die folgenden Zahlen zeigen die Entwicklung der Produktion. Es wurden an Rohkali insgesamt erzeugt:

im Jahre 1913	3 503 410 Doppelzentner
im Jahre 1923	15 780 000 Doppelzentner
im Jahre 1925	19 260 000 Doppelzentner
im Jahre 1927	23 217 750 Doppelzentner
im Jahre 1928/29	26 185 000 Doppelzentner

Als Vergleich dazu sei erwähnt, daß die deutsche Gesamtproduktion an Rohkali im Jahre 1927 12 393 722 Doppelzentner und 1928 14 203 878 Doppelzentner betrug.

Von der Gesamtproduktion an Rohkali in Frankreich entfallen ungefähr 76 Prozent auf die staatlichen Minen und etwa 24 Prozent auf das private Werk St. Thérèse. Man sieht also, daß sich die französische Kaliindustrie außerordentlich gut entwickelt hat. Das trifft auch auf die Kaliver-

verarbeitung und auf die Kalichemie zu. Die Produktion von Chloralkali ist beträchtlich gestiegen, ebenso die Fabrikation von Brom, von dem Frankreich heute sogar etwas ausführen kann.

Der Verkauf der Produkte der französischen Kaliindustrie ist sehr gut organisiert. Es besteht ein Zwangs syndikat, die schon erwähnte Société Commerciale des Potasse d'Alsace, das in Müllhausen seinen Sitz hat und dem auch neue Gruppen beitreten müssen. Die Ertragsverteilung ist derart festgelegt, daß der französische Staat, der von den insgesamt 10 000 Kuzen 8333 besitzt, 82,5 Prozent, die drei elsassischen Départements 11 und die Privatbesitzer 6,5 Prozent erhalten. Es war in Frankreich leichter als in Deutschland, eine ganz einheitliche Verkaufsorganisation durchzuführen, weil in der französischen Kaliindustrie nicht soviel einzelne Werke und Gruppen von Werken sich gegenseitig bekämpfen. Das äußert sich natürlich auch in einer ertragsreicheren Produktion wie in einem gut geregelten Absatz. Das war ja auch einer der Hauptgründe, die die französische Kaliindustrie zum Abschluß eines Vertrages mit dem deutschen Kalisyndikat drängten. Die französische Kaliindustrie braucht Absatzmärkte. Um dem unfruchtbaren und beide Teile kriegenden Konkurrenzkampf ein Ende zu machen, kam man ja zu dem Abschluß dieses für Frankreich allerdings sehr günstigen Vertrages. Die Erzeugung von Rohkali eilt dem tatsächlichen Bedarf weit voraus, wie die folgenden Zahlen zeigen:

Die Menge des in Frankreich selbst als Düngemittel abgesetzten Kali betrug

im Jahre 1923/24	259 748 Tonnen
im Jahre 1924/25	285 255 Tonnen
im Jahre 1925/26	324 150 Tonnen
im Jahre 1926/27	337 797 Tonnen
im Jahre 1927/28	378 204 Tonnen

Der französische Bauer stand der Verwendung von K²O als Düngemittel bisher noch sehr zögernd gegenüber. Auf 1 Hektar Anbaufläche kamen in Frankreich im Jahre 1923 etwa 1,305 Kilogramm Kali, in Deutschland aber 21,4 Kilogramm. Von 2 821 775 Tonnen Rohkali, die im Jahre 1927 produziert wurden, mußte natürlich entweder roh oder in weiterverarbeitendem Zustande um ein Vielfaches mehr ausgeführt werden, als im eigenen Lande verbraucht werden konnte. Immerhin ist man bestrebt, den Kaliverbrauch in der französischen Landwirtschaft durch eine mit Einsatz großer Mittel betriebene lebhaft propagierte zu heben und es sind auch schon recht beachtliche Fortschritte erzielt worden, die prozentual sogar weit über die Steigerung des Kaliverbrauchs in Deutschland hinausgehen. Und dann darf man auch nicht übersehen, daß Frankreich ungeheure, noch unerschlossene Absatzgebiete in seinen Kolonien hat.

Nach dem deutsch-französischen Kaliabkommen wird Deutschland also seinen inneren Markt und Frankreich den seinigen (einschließlich Kolonien) beliefern. Der beiderseitige Kaliabfall in den übrigen Ländern soll durch gemeinsame Verkaufszentralen oder Verkaufsgesellschaften in den betreffenden Ländern besorgt werden. Einige dieser Verkaufsgesellschaften sind schon in Wirklichkeit getreten.

Die Inlandspreise für Kali werden in Frankreich durch den Minister der öffentlichen Arbeiten festgesetzt, ebenso die Quoten der einzelnen Gruppen.

Die Entwicklungsmöglichkeiten der französischen Kaliindustrie werden sehr günstig beeinflusst durch die vorteilhaften Transportbedingungen, die es ermöglichen, daß der allergrößte Teil der Ausfuhr auf dem billigen Wasserwege befördert werden kann. Es wurde eine gute und schnelle Verbindung mit dem Straßburger Hafen geschaffen. Von Straßburg aus wird dann die Ausfuhr auf dem Wasserwege über Antwerpen weitergeleitet. In Antwerpen sind ebenfalls in großzügiger Weise ganz moderne Verladeeinrichtungen, Lagerhäuser usw. geschaffen worden, so daß, wie erwähnt, der allergrößte Teil des französischen Kalieports den Wasserweg benutzen kann. Beispielsweise wurden im Jahre 1928 annähernd 500 000 Tonnen rheinabwärts verladen und von Antwerpen weitertransportiert. Auf der Eisenbahn wurden dagegen nur knapp 12 000 Tonnen verfrachtet.

Wir sehen, daß die französische Kaliindustrie sich in einer durchaus günstigen Lage befindet. Es sind weder Kosten noch Mühe gescheut worden, um den jüngsten Zweig der französischen Volkswirtschaft zum Blühen zu bringen. Das ist denn auch in einem Maße gelungen, daß die französische Kaliindustrie technisch wie organisatorisch kaum hinter der deutschen Kaliindustrie zurückbleibt. Das für Frankreich so günstige deutsch-französische Kaliabkommen hat auf die Entwicklung der französischen Kaliindustrie einen weiteren günstigen Einfluß ausgeübt. Das Abkommen zeigt aber wieder mit aller Deutlichkeit, wie stark die Verflechtungen sind, die die Volkswirtschaften der einzelnen Staaten miteinander verbinden, daß heute kein Staat mehr auf die Dauer auf diese wirtschaftlichen Verbindungen mit den anderen Ländern verzichten kann, und weiter, daß es für die kapitalistische Wirtschaft keine Grenzen gibt, wenn es sich darum handelt, die Gewinne zu sichern oder zu erhöhen.

H. L.

Literarisches.

Das Vier-Männer-Buch. Erlebnisnovellen von Barthel, Jung, Scharrer und Wehrle. Mit den Bildnissen der Verfasser. Verlag „Der Bücherkreis“, G. m. b. H., Berlin. Ganzleinen. 320 Seiten. Preis 3 Mk. Der erste der drei neuen Auswahlbände des „Bücherkreises“ (es folgen in den nächsten Tagen „Arbeiterport“ von Willing und „Mereykie Geyers Kindheit“ von A. M. de Jong) ist wieder ein schönes Buch geworden, mit dem unsere sozialistische Buchgemeinschaft Ehre einlegen kann. Man zeige an einen privatkapitalistischen Verleger, der für so wenig Geld in gleicher Ausstattung inhaltlich Gleichwertiges bietet! Es erscheint übrigens in einem handlicheren Format als bisher. Die Neuauflage ist durchaus zu begrüßen. Vier proletarische Dichter von Namen und Ruf haben Erlebnisnovellen beigezeichnet. Vier proletarische Dichter, vier verschiedene Typen, aus der sich so großartig und so vielfältig entwickelnde Arbeiterdichtung herausgehoben, und jeder von ihnen ist in seiner Art ein Köhner, ein ganzer Kerl!

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Herr und Diener.

Indische Novelle von Wolfgang Federau.

Die Heirat Ramsajs mit der Tänzerin Rama Suri entseelte in der kleinen Europäerkolonie — die eigentlich doch nur eine ausgesprochene englische Niederlassung war — zunächst eine ungeheure Sensation, Stoff auf Wochen und Monate hinaus für allerhand Klatsch und Tratsch auf sämtlichen Tennis- und Golfplätzen. Nicht weil Rama Suri eine Tänzerin war, mein Gott, es hat schon Lords und Grafen und Fürsten gegeben, die Künstlerinnen geheiratet haben, und man macht heute nicht mehr viel Wesens daraus. Und immerhin war Rama Suri beinahe weltberühmt und ihr Ruf in sittlicher Beziehung war über allen Zweifeln erhaben — vollkommen makellos. Aber... aber... Sie war und blieb eine Indierin — das wußt ihr kein Regen ab. Aus besser, angesehenster Rasse — aber eine Eingeborene! Von fremder Rasse, fremdem Wesen, Angehörige eines Volkes, das man ausnutzte und beherrschte. Inferior, mit einem Wort.

Zuerst schien es, als wolle man Ramsaj gesellschaftlich ächten. Das hört sich in unserer Zeit ziemlich ungefährlich an — aber für diejenigen, die draußen im Kolonialgebiet leben müssen, ist das eine schlimme Strafe, und man muß schon sehr philosophisch denken und sich dem Leben der Heimat sehr entfremdet haben, um sie für lange Zeit ertragen zu können, ohne zu leiden.

Ja, das plante man, „zur höheren Ehre Englands“, obgleich Ramsaj vor seiner Eheschließung allgemein beliebt war. Und vielleicht wäre es wirklich dazu gekommen, wenn nicht Oberst Strauß, der Ramsaj besonders hoch schätzte, ihn und seine märchenhaft schöne Rama wenige Tage nach der Hochzeit zu einer Abendgesellschaft eingeladen und die Indierin mit dem harmlosesten Gesicht der Welt mit seinen anderen Gästen bekannt gemacht hätte. Und Lady Ramsaj — wie sie jetzt hieß — wußte den Damen so viel Schmeicheles über deren Toiletten zu sagen, gab mit soviel hilfsbereiter Rücksichtlosigkeit einige wertvolle Toilettengeheimnisse, die sie ihrer Abstammung und ihrem Beruf verdankte, preis, verstand mit der ebenso häßlichen wie mächtigen Lady Rowson so amüsanter zu plaudern, daß diese aus dem Lachen nicht herauskam, erkundigte sich so zärtlich und eingehend nach den Kindern der kleinen, immer etwas zurückgelehnten Frau Atkins, die ganz in ihrer Familie aufzugehen pflegte, daß alle Damen reflexlos von ihr entzückt waren — die Herren aber, für die ja Schönheit alles hinreichend entschuldigend, waren froh, von der Durchsührung ihres Vorhabens Abstand nehmen zu können, bei dem es ihnen schon vordem nicht ganz wohl gewesen war.

Einzig der als Störenfried und hochmütiger Hohlkopf bekannte und gefürchtete Distriktskommandant Burrum äußerte demonstrativ einige Worte über „Nigger“ und „farbiges Blut“ und „Mischehe“. Aber nachdem ihm am nächsten Tage im Morgengrauen in Zengengenanart ein gutgezierter Schuß gleichzeitig die rechte Hand und das Schlüsselbein zertrümmert hatte, so daß er eiligst nach Old England zurückkehren und den Dienst quittieren mußte, war man übereinstimmend der Ansicht, es sei nicht recht lohnend, diese Frage weiter zu erörtern.

So wurde es nicht eine etwas sensationelle, sondern eine glückliche Ehe, und kein Schaffen trübte das Leben Ramsajs und seiner jungen Gattin, die sich wohlweislich hütete, Neid und Mißgunst heranzufördern und in kluger Weise das ihr entgegengebrachte Wohlwollen pflegte, ohne darnach zu blicken. Bis, nach noch nicht einem Jahre, Rama Suri plötzlich von einer bösartigen und rätselhaften Krankheit befallen wurde, die innerhalb weniger Tage ihr Leben gleich einer Kerze zum Erlöschen brachte.

Es gab ein großes Trauergeschehen, und die Teilnahme aller Freunde und Bekannten des Ehepaars war sicher eben so echt und aufrichtig, wie der Schmerz Ramsajs groß und erschütternd war. Die Tote war aus seinem Leben verschwunden wie eine allzu flüchtige Erscheinung und hatte ihm nichts weiter hinterlassen als die Erinnerung an ein gestorbene Gesicht und einen halbwüchsigen Knaben, Ais hieß er, der sie als Diener und Page bereits während ihrer ganzen künstlerischen Laufbahn begleitet hatte und von dem sie sich auch während der Ehe nicht hatte trennen können. Dieser Knabe Ais, der mit abgöttischer Liebe an der Tänzerin gehangen hatte, übertrug nun nach ihrem plötzlichen Tode seine ganze Verehrung auf Ramsaj, und seiner hingebenden Fürsorge und Anhänglichkeit war es überwiegend zuzuschreiben, daß Ramsaj die Kraft erhielt, am Leben zu bleiben.

Ais schlief auf dem Erdboden neben dem Lager seines Herrn, er sorgte für dessen Bedürfnisse, er plauderte zart und weich von der Verstorbenen, die sie heute so sehr geliebt hatten.

Ja, er pflegte den Mann wie einen hilflosen Kranken, erkannend tausend Möglichkeiten, ihn zu zerstreuen und half ihm so über die erste, schwere und einsame Zeit hinweg.

„Ais wie ein Hund und gütig wie ein Engel“ dachte Ramsaj zuweilen mit leiser Nahrung, wenn er den Knaben beobachtete, dem die Aufgabe, seinen Herrn zu hüten — dieses unangenehme Demutstüßlein der Tote — den Stempel früherer Reize auf das offene, klare und zarte Kinderantlitz aufgedrückt hatte. Er liebte ihn, wie man Menschen zu lieben pflegt, die einem teuren Toten einst sehr nahe gestanden haben, und zuweilen strich er ihm mit behutsamer Zärtlichkeit sanft über das dunkle weiße Haar. Und das Bewußtsein, daß er diese Verehrung und Verehrung gleichsam als nachträgliches Geschenk aus den Händen Rama Suris bekam, erhielt seine innere Verbundenheit mit der toten Gattin in beglückender Art lebendig.

Lange Zeit nach dem Hinscheiden seiner Frau hatte sich Ramsaj von allen gesellschaftlichen Veranstaltungen ferngehalten und jeden Verkehr abgebrochen. Schließlich aber forderte das Leben doch seine Rechte. Ramsaj begann wieder den Klub anzuschauen, nahm an den Jagden und am Sport wieder Anteil, von allen herzlich, ja fast härmlich begrüßt, am liebsten von Oberst Strauß, der sich zuweilen empfindlichen Besorgnissen um den Gesundheitszustand des Witwers hingeben hatte.

Auch die Frauen begrüßten sein Wiedererscheinen in ihrer Mitte mit besonderer — und vielleicht verständlicher Freude. Denn es ist doch wohl so, daß ein schweres und selbstames Schicksal den Mann mit einem fast romantischen Zauber ausstattet. Besonders war es Owendolin Hughes, die Ramsaj mit Besorgnis belegte und keine Gelegenheit vorbeigehen ließ, um ihre Sympathien zu bezeugen. Owendolin war eine noch sehr junge Frau, von der nicht nur Owendolin behauptete, sie sei schön. Strauß konnte zwar freilich nicht drei Gaben von ihr sagen, und es ist ziemlich sicher, daß mindestens ein halbes Duzend Herren der kleinen Garnison sich umherdrehen, ihre letzte Gabe erlangt zu haben — und ohne allzu großen Mißbrauch.

Diese Dinge waren Ramsaj nicht unbekannt. Aber da er jung und leidenschaftlich war und jetzt sechs Monate wie ein Widder gelebt hatte, so darf es nicht wundernehmen, daß er bereit war, von dem ihm eingeräumten Ansehen Gebrauch zu machen. Jemand er überzeugt war, die Tote nicht zu beklagen — seine Seele spielte, wie er sich selbst eingestand, bei dieser Affäre keine Rolle.

Ramsaj hatte es in bestimmten Angelegenheiten Briefe zu schreiben — er hielt das für vornehmlich und halbwegs geschmacklos. So beschloß er an einem Abend Ais, möglichst unmerklich Owendolin davon in Kenntnis zu setzen, daß er gegen Mitternacht ihren Besuch erwarte. Der Knabe hörte den Befehl schweigend an, flüchtig erschütterte ein Flicken seines jungen, schmalen Körpers, und ein paar große, heiße Tränen rollten über seine Wangen.

„Was ist dir, Ais?“ fragte Ramsaj erregt.

„Ich dachte an die tote Herrin!“ stammelte das Kind schluchzend. Ramsaj sah sich nicht ganz wohl, aber er unterdrückte das Unbehagen, das sich seiner bemächtigen wollte.

„Geh, geh“ — und bestelle, was ich dir befohlen habe“, sagte er, sich gewaltsam zur Ruhe zwingend. „Das verzeihst du nicht.“ Ais verbog sich tief und verschwand ohne ein weiteres Wort. Er blieb ziemlich lange aus — endlich kam er zurück; er klafferte an allen Gliedern in mitleiderregender Weise.

„Bist du krank?“ fragte Ramsaj.

„Nein“, erwiderte Ais, „ich habe alles bestellt. Lady Hughes wird kommen.“

„Gut, gut“, sagte Ramsaj, und dann, nach kurzer Pause, zögernd: „Du wirst heute in der Küche schlafen müssen, Ais.“

Der Knabe nickte. Seine Augen sahen unendlich traurig auf den Herrn und glänzten feurig.

„Wie lieb er sie gehabt haben muß“, dachte Ramsaj, als er allein war. Eine quälende und unverständliche Unruhe fraß in seinem Blut, während er wartete, vergeblich wartete. Denn es war schon lange nach Mitternacht, und Owendolin kam nicht. „Vielleicht ist etwas Unerwartetes dazwischengekommen“, tröstete er sich, als er endlich gegen 2 Uhr sein Lager aufsuchte. Er schlief unruhig, fuhr oft mit einem lauten Stöhnen empor, träumte schwer. Aber es war nicht Owendolin, von der er träumte, sondern die Augen des Jungen, die ihn bis in den Schlaf hinein verfolgten.

Am anderen Morgen kam Oberst Strauß sehr aufgeregt und erzählte, Lady Hughes sei in ihrem Bett ermordet aufgefunden worden. Man hätte die Waffe gefunden — es war ein Stilett, wie es die Indier zu benutzen pflegten. Ramsaj sagte kein Wort, zog nur die Augenbrauen wie in schmerzlicher Überraschung hoch. „Kein Verdacht?“ fragte er schließlich. „Wir

„So, was ist es jetzt wieder. Erst hat mich die Honkle geschlagen, weil sie in dem Fall der Passagiere gleich send. No dertel sie aber net dafür auf de Sitz hoch, weil sie in dem Fall der Passagiere net gleich send. Schaffner, wie ist jetzt des: wenn Sie für Ihre Frau zahlen, no dertel sie doch au do na hoch.“

Der Schaffner blieb stumm, weil sein Verstand weiter verlagte. Das Heulen schien ihm nah. Die Leute im Wagen lachten. Das Weib wurde feierlich und stieg aus Verlegenheit jetzt (dann aus mitleid dem armen unschuldigen Händle, das noch net einmal belte).

Ein ehrenfester Bürger mischte sich ein: „Guckel Se, des hent Se jetzt dervo, daß des Weib mit dem Honkle laufe muß. Se ebbs. Du müßt mer so no Honklestrambahna fahre lasse, wenni Ihrem domme Schwach nochging.“

„Jo ond Eststrambahna au, ond do müßt Sie net hoch!“ — sagte der Arbeiter.

Der Bürger stieg aus.

Die Wurst.

Von Jo Hans Rösler.

Wimmer hat eine Wurst geklaut. Eine wulstige Wurst. Von mindestens 5 Pfund.

Wimmer wiegelt mit der Wurst in die Wohnung. Legt sie zwischen die Doppelfenster. Und geht mit einem würflichen Laum im Hirn schlafen.

Am nächsten Morgen ist die Wurst verschwunden. Gestohlen. „So eine Gemeinheit!“ fluchte Wimmer, „mit meine gute Wurst zu stibize! Na, wartet, euch werde ich es geben!“

Er verdächtigt diesen und jenen. Droht mit der Anzeige. Wochenlang. Endlich vergißt er es.

Ein Jahr später bekommt Wimmer eine Vorladung. Von der Polizei.

„Sie werden ersucht, kommenden Montag 10 Uhr auf dem Landgericht, Zimmer 22, zu erscheinen. Betrifft: Diebstahl einer Wurst. Richter scheinen hat Vorführung zur Folge.“

Wimmer fällt das Herz in die Hosentasche. Wimmer hat einen Mordbammel vor der Polizei.

„Hätte ich bloß damals die Wurst nicht geklaut“, klagt er. „Jetzt haben sie es herausbekommen, und ich kann im Ritzchen kummern.“

Wimmer schläft drei Tage und drei Nächte nicht. Wimmer ist drei Tage und drei Nächte nicht. Vor Angst. Wimmer kann nicht geben und nicht stehen. Wenn er steht, muß er geben und wenn er geht, muß er stehen.

Endlich kam der Tag der Ladung. „Grüßt mir Weib und Kind“, nimmt er Abschied. Schiebt zähneklappernd los. Vor der Tür 22 bleibt er stehen.

„Sofort alles ruhig bekennen“, weint Wimmer, das ist doch das Beste. Und alles wegen so einer lappigen Wurst. Überhaupt eine Gemeinheit, so etwas anzuzeigen. Bei dem Fleischer kaufe ich nie wieder.“

Die Tür öffnet sich. Eine Uniform ruft: Wilhelm Wimmer!

„Hier“, wimmert Wimmer wehe. Und tritt ein. Gebückt schleicht er nach vorn. Schrecklich viel Menschen sind hier. Vor ihm drei. Hinter ihm drei. Links zwei und rechts zwei. Dick sind die Menschen. Und groß und ernst und sehr streng. Keiner lächelt.

„Lächle ich eben auch nicht“, entschließt sich Wimmer und gibt mit finstrem Blick seine Persönlichkeiten an.

Geboren. Gekauft. Gekaut. Gemohnt.

„Also, wie war die Sache damals mit der Wurst?“, kommt der Vorlesende endlich zum Thema.

„Ach, Herr Richter, das war alles nicht so schlimm.“

„Ob schlimm oder nicht schlimm, entscheiden wir. Sie hatten also eine große Wurst von 5 Pfund.“

„Ach, nein, Herr Richter, nur eine ganz, ganz kleine Wurst. Noch kleiner. Kaum zu sehen.“

„Das tut nichts zur Sache.“

„Doch, Herr Richter. Wollen Sie wegen einer so ganz kleinen Wurst einen lebenden Menschen ins Unglück stürzen?“

„Dazu ist es jetzt zu spät. Das hätten Sie sich früher überlegen müssen. Sie sind ja selbst Schuld daran.“

„Ich weiß es ja. Es tut mir auch leid“, wird Wimmer immer kleiner.

„So? Es tut Ihnen leid?“

„Sehr leid, Herr Richter. Ich gäbe was darum, wenn ich es ungeschehen machen könnte.“

„Dann können wir uns ja vielleicht einigen. Sie nehmen also Ihre Anzeige zurück, die Sie seinerzeit dem Revierwachmann machten, daß Ihnen eine Wurst gestohlen sei?“

„Bitte?“

„Man hat Ihnen also keine Wurst gestohlen?“

„Mir??? Ach so“, wächelt Wimmer wieder wöhlig, „also darum handelt es sich.“

„Wußten Sie denn das nicht mehr?“

„Doch, doch, natürlich! Das ist doch auch eine Gemeinheit, mir meine Wurst zu stehlen! Das muß bestraft werden, Herr Richter. Streng bestraft. Wo kämen wir denn da hin, wenn jeder Mensch eine Wurst klauen sollte? Noch dazu so eine große! Von mindestens 10 Pfund, wenn das reicht!“

„Aber Sie sagten doch eben, es wäre eine ganz kleine Wurst gewesen?“

„Das war eine ganz andere Wurst, Herr Richter, eine ganz andere. Die hat mit der Wurst hier nichts zu tun.“

„Sie hatten also Ihre Anzeige aufrecht?“

„Natürlich. Wo ich doch im Recht bin.“

„Deswegen soll also ein unbestrafter Mann ins Gefängnis?“

„Das ist nur Gerechtigkeit. Recht ist Recht und Wurst ist Wurst. Das war vorhin nur eine vorübergehende Regung. Eine blöde Gefühlsblase. Ich bin befohlen worden. Ganz gemein befohlen worden. Wenn Sie wüßten, was mich die Wurst gekostet hat. Ich will hoffen, daß hier Männer sitzen, die das Eigentum des kleinen Mannes zu schätzen wissen und daß der finstere Verbrecher seine irdische Strafe erhält. Denn auf das Gewissen, Herr Richter, dürfen Sie sich nicht verlassen. Das zwinkt nur, wenn man erwischt wird.“

Das scheint mir auch notwendig zu sein.

Humoristische Ecke.

Schwer zu machen.

Unter den Theaterkritiken einer größeren Tageszeitung in einer Industriestadt am Rhein fand ich in der Kritik der Theaterverhältnisse am Orte folgenden entrüsteten Ausruf des Kunstkenner: „Es muß endlich einmal etwas geschehen, um in den ungläublich vernachlässigten Zuständen in unserem Theaterwesen eine gründliche Änderung herbeizuführen, denn es muß nichts, daß wir vor den Mühsalenden an den hiesigen Bühnen den Kopf in den Sand stecken und aus vollem Halse schreien: „O, ist eine Kunststadt!“ Hier muß wirklich etwas zur Besserung getan werden.“

Das scheint mir auch notwendig zu sein.

Wenn alle so denken würden

Ich halte es für Christenpflicht, immer und immer wieder zu betonen: Jeder Mensch hat ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Dasein, auf einen ausreichenden Lohn, auf eine gesunde Wohnung, auf genügende Erholung. Und wenn es der Sozialismus ist, der diese Forderungen aufstellt, so handelt er eben in diesem Falle christlich. Wir müssen dann nach meinem Erachten die Grenzlinie zwischen Kapitalismus und Christentum so scharf als möglich ziehen. Das scheint mir noch viel wichtiger als die Betonung, daß sich Christentum und Sozialismus wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Der Kapitalismus ist nicht die göttgewollte Weltordnung. Er ist der größte Feind des Christentums. Er hat die Massen aus der Kirche hinausgeführt. Wir müssen jeden Schein der Verbindung mit ihm meiden, ob er sich Bürgerblock oder Einheitsfront gegen den Sozialismus oder anders nennt. Unser Platz ist aufseiten des arbeitenden Volkes, ist in der Front der Kämpfer gegen die Ausbeutung, gegen die Versklavung des Volkes. Es kommt eine neue Ordnung. Die soziale Reaktion ist eifrig am Werke, die sozialen Ertrugenschaften der letzten Zeit wieder abzubauen. Man braucht nur gelegentlich die Anklagen über die Sozialversicherung, Betriebsanschlüsse, über die Belastung der Wirtschaft usw. zu lesen. Verbinden sich christliche Politiker mit der sozialen Reaktion, mit den Klassenkämpfern aus dem Lager des Kapitalismus, so zwingen sie die christlich denkende Arbeiterschaft, sich nach einer anderen politischen Vertretung umzusehen oder freiben sie in das Lager des Sozialismus.

Herr Reichberger, Generaldirektor des katholischen Volksbundes in der Tschechoslowakei.

hatten Verdacht auf einen Eingeborenen, den Lady Hughes vor acht Tagen mit der Keilpeitsche ins Gesicht geschlagen hat. Aber wir wußten ihn bald wieder laufen lassen. Es war nichts damit. Eine rätselhafte Affäre. Ihr Caffee ist seit drei Monaten im Norden — von dessen Seite wird kein Licht ins Dunkle gebracht werden.“

Ramsaj vermochte auch nicht, Stirn einen Wink zu geben. Der Oberst ging schließlich kopfschüttelnd fort. Ähnliches war ihm noch nie vorgekommen.

Ramsaj zweifelte keinen Augenblick daran, daß er den Täter kenne. Aber als Ais das Frühstück brachte, streichelte er nur einmal nachdenklich und traurig das weiße Haar des Kindes.

„Wir werden bald fort müssen von hier“ sagte er zu dem Knaben. Das Bewußtsein seiner Schuld lastete schwer auf ihm — und das Wissen um das Leid dieser Kinderseele, zu der es keinen Weg und keine Brücke gab. Ais sah zu ihm auf, ernst, dunkel, mit dem unbewegten Antlitz eines alten, vielerfahrenen Menschen.

Drei Monate später ließ sich Ramsaj vererben, in eine der östlichen gelegenen Provinzen. Ais behielt er bei sich, jahrelang, bis er nach Europa zurückkehrte. Aber nie, niemals sprach er mit ihm über jene Nacht und über Owendolin, deren Ermordung den beherrschenden Stellen ein dauerndes, unangenehmes Geheimnis blieb.

Auf der Schwäbischen Straßenbahn.

Sätze aus Schwaben von Alfred Auerbach.

Der Arbeitsmann hat heute einen ausgesprochenen Gerechtigkeitsplan. Er denkt sogar bei uns.

Ja der Straßenbahn sah ein Weib mit einem Hund, der klein war, daß man ihn in die Tasche schieben konnte. Der mußte aber zahlen. Das Weib zahlte also unter Verwunderung für eine ganze Person. Der Arbeitsmann daneben protestierte für sie: „Saget Se, Schaffner, woraus muß des Honkle zahlen?“

„Ja, s' muß eba zahlen!“

„Des weiß i an. Aber woraus?“ — „Weil's an Platz braucht.“

„Aber des Honkle do wirt.“ — „Des ischt gleich.“

„Woraus send no bloß die Honkle alle gleich, aber d' Menscha weita?“

Der Straßenbahner sah den Rebell verständiglos an. Ein offenkundiger Weisheit ist nicht zur Lösung solcher Fragen angestellt. Der Arbeitsmann sieht nicht locker.

„Weib, setz Se des Honkle so auf den Platz nebe Ihne. Des Honkle hat ja an zahl!“

Der Straßenbahner wehrte: „Des gib's sei weita. Die Frau muß des Honkle auf'n Schoß lesa!“